

# SGA-BULLETTIN

2/97

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

Juni 1997

**Majorz Chnorz:  
Im September an die Urne!**



## Weggezogen

Der Trend, dass Leute aus unserem Umfeld den Kanton Zug verlassen (meist Richtung Zürich), verschont auch die Redaktion des SGA-Bulletin nicht. Margit Gigerl ist Ende 96 nach Zürich gezogen, und muss sich nun wegen beruflicher Überlastung aus der Redakti-

on zurückziehen. Ihre Herzlichkeit und die Seriosität ihres Engagements wird uns fehlen. Neue InteressentInnen für die Redaktion sind immer hochwillkommen und melden sich bei Brigitte Weiss 711 27 01 oder Martin Stuber 711 86 33.

## In eigener Sache

Nachdem die PTT ihre Versandtarife für Presseerzeugnisse mit einer Auflage unter 1000 Ex. massiv erhöht hat und weil sich kein Nachfolger für Dani Brunner als verantwortlicher Redaktor fand, hat das SGA-Infoblatt sein Erscheinen im Frühling eingestellt. LeserInnen des SGA-Bulletins werden ab dieser Nummer in der Mitte eingehftet das neue SGA-Infoblatt vorfinden. Es wird von der kantonalen und der Stadtzuger SGA ge-

meinsam und unabhängig von der Redaktion des SGA-Bulletins produziert. Die SGA bezahlt diese Beilage vollumfänglich aus dem eigenen Sack, so dass dies keine finanzielle Auswirkungen auf das Bulletin hat. Wer für das SGA-Bulletin einzahlt, finanziert damit weiterhin ausschliesslich das Bulletin. Immerhin lassen sich aber jährlich Portokosten im vierstelligen Bereich einsparen - Geld, das anderswo dringender gebraucht wird.



**10 Jahre SGA – Die Alternativen feiern mit Torten und Trompeten auf dem Burgbachplatz.**

Bilder: Brigitte Weiss

## Inhaltsverzeichnis

<b>Bilanz Majorabstimmung</b>	
Biederes und Brandstiftendes Schlagwort	Seite 4
<b>Nach der Abstimmung vom 8. Juni</b>	
CVP lässt die Majorzkatzte aus dem Sack	Seite 5
<b>Regierungsrat</b>	
Stadtpolizei und Landeslotterie	Seite 7
<b>Interview</b>	
«Ich kann mir nicht vorstellen nichts zu machen»	Seite 8
<b>Interview</b>	
Aus Zwei mach Eins	Seite 10
<b>Erweiterung des «Zugerland»</b>	
MIGROS will wachsen	Seite 12
<b>Landis &amp; Gyr - Areal</b>	
Planerische Chance oder städtebaulicher Fluch?	Seite 15
<b>Zuger Presse</b>	
Blick hinter die Kulissen	Seite 18
<b>Oekobilanz PC</b>	
Die unbekanntenen Verschwender	Seite 20
<b>Energieinitiativen Stadt Zug</b>	
Eine Million für Sonnenenergie und Energieeffizienz	Seite 23

## Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

**SGA-Bulletin Nr. 2/97**, Juni 1997; erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:** Förderverein pro SGA-Bulletin

**Adresse:** SGA-Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug; Telefon: 7118633

**Redaktion:** Natalie Chiodi, Gerlinde Künzle, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

**Layout:** Markus Müller

**Belichtung und Druck:** Victor Hotz AG, Steinhausen

**Auflage:** 1400

**Abonnements:** Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

**Redaktionsschluss Nr. 3/97:** Freitag, 29. August; Erscheinungsdatum Donnerstag, 18. September 1997.

# Lesben und Schwule - wohin des Wegs?

Ob das euch, durchschnittliche Bulletin-Leserinnen und -Leser, inmitten des Majorz/Proporz-Chnorz überhaupt interessiert? Denn als Durchschnittliche seid ihr weder lesbisch noch schwul. Sondern hetero und vielbeschäftigt und müsst euch nicht zu irgendeiner -sexualität bekennen, noch für eine -sexualität demonstrieren. Noch Leserbriefe dafür schreiben. In den vergangenen drei Jahren habe ich in den zugerischen Zeitungen fünf sich positiv zu Homosexualität äussernde Leserbriefe gezählt, davon habe ich drei verfasst und einen veranlasst. Dazu kommen drei Artikel, von denen ich zwei mitausgelöst habe, eine Umfrage und zwei Kolumnen, für die ich sogar bezahlt wurde. Um die Zeilenbilanz zu vervollständigen, darf ich noch meinen Artikel «Lesbisch-Schwules Zugerland» im Bulletin 3/94 in Erinnerung rufen. «Dass es in Zug Lesben und Schwule gibt, die auch noch öffentlich-politisch dazu stehen und selbstbewusste Forderungen stellen!» freute ich mich über unseren Sammelerfolg für die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» auf dem Landsgemeindeplatz. Die anwesenden Schwulen waren ausser einem alles Nicht-mehr-Zuger. Und die tollkühne Idee einer kantonalen Standesinitiative zur Gleichstellung homosexueller Konkubinate wurde zwar nicht verwirklicht, aber für eine kleine Anfrage von Sybilla Schmid im Kantonsrat hat's gereicht - Stichwort «Affäre Fallegger». Haben wir dem Adjunkten doch fast den ehrenvollen Abgang vermasselt. FDP-Kantons-



rat Joachim Eder legte sich dagegen mit dem Titel «Danke, Franz Fallegger!» ins Zeug. Danke dafür, dass dieser uns ein Inserat, in welchem wir «lesbische Frauen und schwule Männer» zur Unterschriftensammlung für die erwähnte Petition suchten, mit Verweis auf Sitte und Anstand verweigert hatte. Auch Eder für seine Liberalität weit über die Unterägerer Gemeindegrenzen hinaus berühmter Parteikollege Andreas Iten wollte nicht unterschreiben. Was mag er inzwischen von der überwiesenen Petition halten, die in der bundesrätlichen Schublade wohl vergammelte, würden Pink Cross, LOS und das Komitee «Gleiche Rechte» nicht wiederholt darauf aufmerksam machen? Und nicht nur sie. Unsere prominenteste Lobbyistin, LdU-Nationalrätin Verena Grendelmeier, hat in Bern vor 6000 Leuten ihr Coming-Out als Hetera gehabt. Aber auch in der Grünen Partei, die neben dem LdU - und auf mein Betreiben hin auch der SGA - als einzige politische Partei die Kundgebung «Lesben und Schwule in guter Verfassung!» unterstützt hat,

meldet sich eine Lobby zu Wort. Das ist bitter nötig, räumt der (Ent-)Wurf des Jahrhunderts, die totalrevidierte Bundesverfassung, der sexuellen Orientierung doch keinen Diskriminierungsschutz ein. Das perfide Verdienst unseres Bundespräsidenten, der weiss und fürchtet, dass unsereinem dann Ehepaarähnliche Rechte und vieles mehr gewährt werden müsste. Vielleicht liessen sich damit auch die Vereinigten Bibelgruppen in Baar und anderswo dafür einklagen, dass sie Homosexualität exorzieren. Das Aufkommen solcher Gruppen ist für mich im übrigen durchaus ein Zeichen unserer Stärke: offenbar kann man sich nicht mehr (nur) auf institutionelle Homophobie abstützen. Offenbar muss man sich jetzt informell organisieren und unterwandern. Umso mehr müssen wir dranbleiben und nicht nur wir: die politischen Parteien müssen homosexuelle Anliegen ins Programm nehmen. Toleranz- und Informationskampagnen an den Schulen sind überfällig. Antidiskriminierungsartikel sollen Eingang in kantonale Verfassungen finden, wie der grüne Waadtländer Staatsrat Philippe Biéler anregt. Und immer wieder ist Zivilcourage und persönliches Engagement gefragt. Mit ersterer tun sich Schwule und Lesben im Kanton Zug schwer, mit letzterem auch ihr, Leserinnen und Leser. Wie wär's, wenn ihr uns mal an eine Demo in unserer Sache, die von klassischen Menschen- und Bürgerrechten und von Gleichberechtigung handelt, begleitet?

■ Gisela Hürlimann

# Biederes und brandstiftendes Schlagwort

Der 50,1%-Sieg des Majorzes (unter formal fragwürdigen Umständen) hat drei Hauptgründe: Der populistische Slogan «Personen vor Parteien» hat stärker gezogen als befürchtet, die tiefe Stimmbeteiligung bevorteilte die Konservativen und die Waffenausführfrage demobilisierte einen Teil der Linken.

Josef Lang

Im besten Abstimmungskampf macht man Fehler. Und wenn eine Abstimmung knapp ausgeht, ist jeder Fehler entscheidend. Ich bin überzeugt, dass wir eine gute Kampagne geführt haben, eine der besten der letzten Jahre. Gleichzeitig haben wir aber ein paar entscheidende Fehler gemacht. Den grössten Fehler haben allerdings jene gemacht, die nichts gemacht haben.

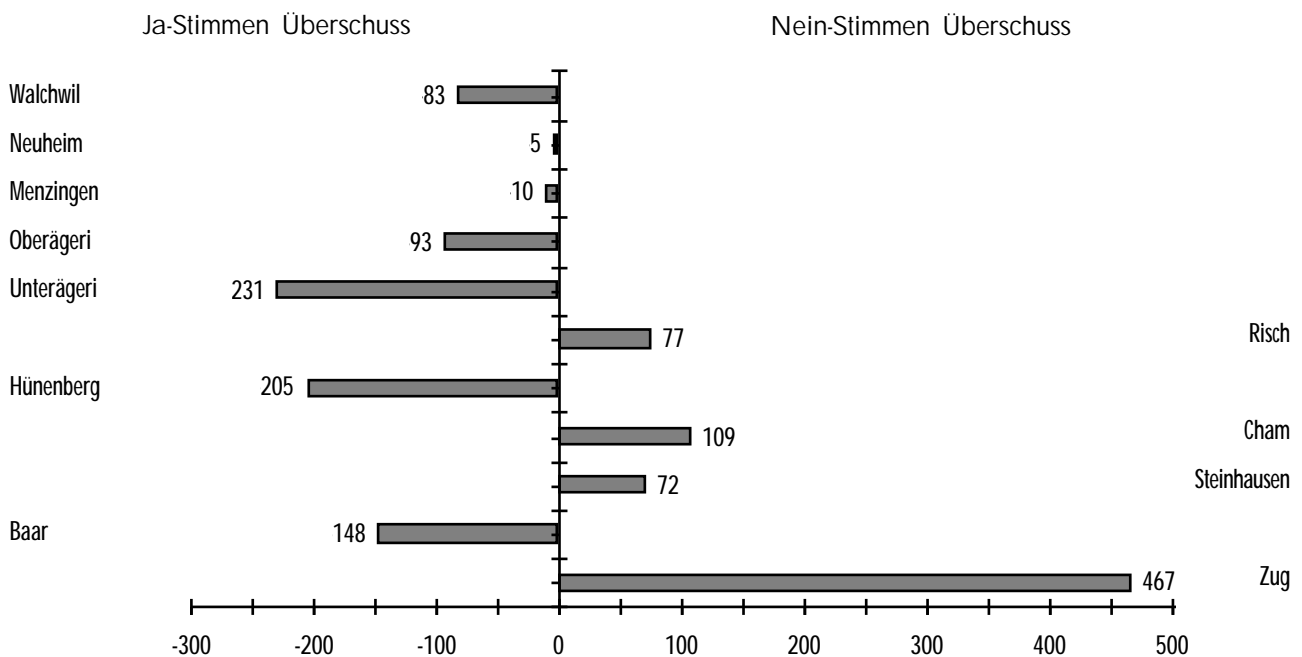
### Zu wenig direkt und offensiv

Wir haben die Zugkraft des Slogans «Personen vor Parteien» unter-

schätzt. Möglicherweise passierte uns das, weil wir in den letzten Jahren unter der Parteiverdrossenheit weniger gelitten haben als die CVP. Wir haben uns zu wenig direkt und zu wenig offensiv mit dem ebenso verführerischen wie irreführenden Schlagwort konfrontiert. Warum haben wir die CVP nicht vor der Abstimmung herausgefordert, «Persönlichkeiten» zu nennen? Jetzt, wo ein paar Namen publik geworden sind, dürfte es uns leichter fallen, das entsprechende CVP-Argument als ziemlich lächerlich zu entlarven.

Gegen das erwähnte Schlagwort haben wir viele Argumente gebracht und gescheite Beiträge geschrieben. Aber einen Gegenslogan hatten wir

nicht. Der früh erfundene Slogan «Wir lassen uns unseren Standortvorteil nicht wegnehmen» hat nicht gegriffen, weil er zu wenig direkt mit der Wahlrechtsänderung zusammenhing und weil er auf «Personen vor Parteien» keine Antwort gab. Jetzt, wo die CVP ihren Machtanspruch lautstark verkündete, wo die Majorz-Folgen: Spaltung, Polarisierung, Unfrieden und die Verdrängung der Linken und Alternativen durch einen Bürgerblock deutlich geworden sind, hat der biedere Spruch sein brandstiftendes Potential enthüllt. Die Leute sind aufmerksamer als vorher. Und da ist es einfacher, simple Slogans argumentativ zu kontern. Dies bedeutet nicht,



Einführung des Majorzsystemes bei Exekutivwahlen

Diagramm: Martin Stuber

# CVP lässt Majorz-Katze aus dem Sack

dass wir auf einen einfachen Gegen-slogan verzichten sollen. Aber nur wer keine Argumente hat und/oder die BürgerInnen nicht ernst nimmt, verzichtet auf solche. Deshalb bin ich dafür, auch in einem zweiten Anlauf unser argumentatives Register einzusetzen.

## Unglückliches Wochenende

Wir haben angesichts der Wichtigkeit der Vorlage das Interesse für sie überschätzt. Der zeitliche Vorsprung, den wir im April gegenüber dem Majorz-Komitee hatten, war möglicherweise unwichtig, weil zu jenem Zeitpunkt das Interesse in der Bevölkerung ohnehin kaum vorhanden war. Wir haben zu wenig getan, um das entweder zu selbstsichere oder zu lethargische breitere Umfeld zu mobilisieren. Wir müssen noch mehr den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern auf den Plätzen und in den Quartieren suchen. Und vor allem dürfen wir keine Leserbrief-Behauptung, so abstrus sie sein mag, einfach stehenlassen.

Dass die Majorz-Abstimmung ausgerechnet zusammenfiel mit einer Abstimmung, in der die Linke auf der ganzen Linie versagte, das war schlicht und einfach Pech. Interessant in diesem Zusammenhang ist Risch, wo das Gleis 3 mit seiner Opposition gegen eine Erweiterung des Golfparks ein starkes Thema hatte. Auffällig sind auch die verhältnismässig guten Resultate in jenen Gemeinden, wo sich die Alternativen und SP-Sektionen besonders stark engagiert haben: Zug, Risch, Cham, Steinhausen, Menzingen und Neuheim. Ausser Zug haben diese Gemeinden noch etwas anderes gemeinsam: Sie haben oder hatten alle alternative Exekutiv-Mitglieder. Offensichtlich war hier das Bewusstsein, mit dem Majorz etwas zu verlieren, grösser. Vergleichen wir Risch mit Hünenberg, Oberägeri mit Unterägeri! ■

**Kaum war die Majorz-Abstimmung vorbei, hat der (siegreiche) CVP-Präsident René Fusco zum Klartext gewechselt. Am Sonntag, den 8. Juni, verkündete er im Radio, die CVP werde bei den Regierungsratswahlen «mit vier bis fünf Kandidaten» antreten.**

---

Josef Lang

---

Am Tag drauf korrigierte er die Zahl leicht nach unten. Gegenüber der Neuen Zuger Zeitung (10.6.) erklärte er, «beim allfälligen Rücktritt eines CVP-Regierungsmannes würde die CVP «drei bis vier» Kandidaten präsentieren.» Eine Zahl kommt bei beiden Versionen vor: vier. Und diese bedeutet absolute Mehrheit. An der kantonalen CVP-Delegiertenversammlung vom 12. Juni in Unterägeri doppelte Fusco nach: «Wenn der Majorz definitiv kommt, werden wir unsere Verantwortung wahrnehmen und den nächsten Wahlkampf gewinnen.»

In anderen Worten: Was die CVP auf dem Weg der politischen Überzeugung nicht mehr zu schaffen glaubt - das Wettmachen der Verluste der letzten Jahre - will sie jetzt über eine Änderung der Spielregeln erreichen. Es kommt einem vor wie beim «Eile-mit-Weile»-Spielen mit Kindern: wenn diese auf die Verliererstrasse geraten, kommen sie oft in Versuchung, die Regeln ändern zu wollen.

**Bürgerblock: Gefahr für Liberale und Christlichsoziale**

Wie gefährlich der Majorz für die politische Kultur, die Liberalen, Christlichsozialen, Linken und Alternativen ist, zeigen die Aussagen Fuscos betreffend Bürgerblock: «Ich glaube nicht, dass es schon 1998 einen Bürgerblock bei den Regierungs-

ratswahlen geben wird. Nach dem Wechsel zum Majorz müssen sich die Dinge zuerst entwickeln.» Damit bestätigt der CVP-Präsident indirekt, was Christoph Straub immer wieder betont hat: Majorz führt zu Päcklipolitik. Auf die Aussichten des Majorzes und des freiwilligen Proporz ange-sprochen, habe ich wiederholt die Aussage gemacht, dass die Bürgerlichen 1998 noch etwas zurückhalten-der sein dürften, dann aber ab 2002 in einem gemeinsamen Block den Linken so viel geben werden, wie es ihnen gerade beliebt. So läuft es in allen Nachbarkantonen.

Dass der Majorz einen Druck Richtung Bürgerblock schafft, bestätigte indirekt auch die FDP, die bis anhin zurückhaltender gewesen war. FDP-Präsident Werner Iten sagte am Montag nach der Abstimmung gegenüber Karl Etter: «Bürgerliche Verbindungen schliesse ich nicht aus, auch nicht mit der SVP, wenn wir den gleichen Nenner finden.»

Die Bildung eines Bürgerblocks würde zu einer Polarisierung des politischen Lebens führen. Darunter litten vor allem die Liberalen in der FDP, die in Fragen der Grundrechte, der Ökologie, der Gleichberechtigung, der Kulturförderung oder der Integration von Minderheiten oft mit den Linken stimmen. In einem Bürgerblock würden sie schnell zum fünften Rad am Wagen. Noch schlimmer erginge es den Christlichsozialen. Sie kämen in einem Bürgerblock völlig unter die Räder und wären der Macht der CVP völlig ausgeliefert.

### Marginalisierung der SP, Ausmerzung der Alternativen

Die (Öko-)Liberalen in der FDP und die Christlichsozialen in der CVP haben auch ein Interesse, dass die Linken und Alternativen ein gewisses Gewicht behalten. Je stärker diese sind, desto grösser ist das Gehör für Umwelt-, Frauen- und andere Anliegen in ihren bürgerlichen Parteien.



**Nachdem (vermeintlichen) Abstimmungssieg lässt Parteipräsident Fusco die Katze aus dem Sack: «Wir werden bei den Regierungswahlen mit vier bis fünf Kandidaten antreten.»**

Bild: Zuger Presse

Hier ist aber zu befürchten, dass der Majorz die SP und lokalen Alternativen schon bei den 98er Wahlen erheblich schwächt, und die Zukunft aller Alternativen - mindestens ausserhalb der Parlamentsstadt Zug - in Frage stellt.

Die Zuger Presse hat nach den Wahlen einen nüchternen Überblick über die mögliche Zusammensetzung der zwölf Majorz-Regierungen gebracht. Der Titel lautete: «Birchlers Rücktritt brächte die SP in Not.» Eine zukünftige Zuger Regierung hätte damit das erste Mal seit 1919 keinen SP-Vertreter. Aber auch Hanspeter Usters Wiederwahl ist beim Majorz alles andere als gesichert. In der Stadt Zug verlöre die SP mit dem Rücktritt Othmar Romers praktisch sicher einen der beiden - gemeinsam mit der

SGA errungenen - Sitze. Auch in Unterägeri und Hünenberg könnten SP-Rücktritte der Linken das Aus beschieren. In Baar ist der zweite linke Sitz selbst bei einem Nichtrücktritt gefährdet. Die Alternativen müssten in Risch, Oberägeri, Neuheim und Menzingen mit dem gleichen Schicksal rechnen, sofern die Bisherigen nicht mehr antreten.

Damit ist ein weiterer Nachteil des

Majorzes angesprochen. Weil Bisherige viel grössere Chancen haben als Neue, gibt es einen elektoralen Druck zur Sesselkleberei. Und das macht den Frauen den Einzug in die Exekutiven noch schwerer.

«Personen vor Parteien»: Lug und Trug

Bezeichnenderweise hat René Fusco bei seinen Sitz-Aussichten nie Persönlichkeiten genannt. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass die CVP seit der Hürlimann-Ära diesbezüglich in gewissen Nöten steckt. Noch wichtiger ist der Umstand, dass beim Majorz die Zugehörigkeit zu einer grossen Partei oder einem starken Block viel wichtiger ist als die persönliche Befähigung. Die Zuger Presse hat im besagten Artikel CVP-Kandi-

datInnen erwähnt, die «herumgeboten» werden. Etliche dieser Namen zeigen, wie gummig der Begriff «Persönlichkeit» ist. Ein (neuer) Konrad Studerus hätte beim Majorz mehr Chancen als ein (bisheriger) Hanspeter Uster...

Der Zentralschweizer Tagesanzeiger-Korrespondent Beat Bühlmann, der weiss, was Majorz bedeutet, schrieb in seinem Kommentar vom 9. Juni über die Zuger Abstimmung unter dem Titel «Fauler Zauber»: «Die CVP (...) konnte sich mit der anscheinend populären Kampfpapole 'Personen vor Parteien' durchsetzen. Es brauche mehr Köpfe mit Profil und eine handlungsfähigere Regierung. So argumentiert jene Partei, die (...) sich oft am Mittelmass orientierte. Der gefällige Slogan kaschiert nur notdürftig eine doppelböde Machtpolitik. Der (...) stärkt vor allem den Bürgerblock und die Parteisekretariate. Sie werden künftig die gemeinsamen Listen aushandeln und über die Zulassung der Linkskandidaten befinden. Das befördert, wie anderswo zu sehen ist, nicht unbedingt Köpfe mit Konturen.»

### Majorz macht Polit-Kultur kaputt

Wozu der Majorz führt, haben wir im Abstimmungskampf und mit dem Resultat erlebt. Zuerst zwingt er den Bürgerinnen und Bürgern ein Thema auf, das sie angesichts anderer dringenderer Probleme kaum interessiert. Nachher wird das Stimmvolk gespalten im Zufalls-Verhältnis von 50,1% zu 49,9%. Dabei gilt in vielen Vereinen aus guten Gründen das Prinzip: Änderungen der Spielregeln erfordern ein qualifiziertes Mehr, z.B. zwei Drittel. Die CVP macht auf Arroganz, die Kleinen haben Existenzängste, beides ist dem politischen Klima alles andere als zuträglich. Ein Prädikat wird die Geschichte den Majorz-Vätern bestimmt nie erteilen: staatsmännische Klugheit. 🐾

# Stadtpolizei und Landeslotterie

Eine gute Aufnahme der Jubiläumsfeierlichkeiten im Kantonsrat und in der Öffentlichkeit, das Rückführungskonzept des Bundes für Bosnien, die Wahl zum Präsidenten des Nordwest- und Innerschweizer Strafvollzugskonkordats sowie, als wohl brisanteste Frage, das Kernmodell der Regierung in Sachen Kantons- und Stadtpolizei: einige Schwerpunkte aus Hanspeter Usters Regierungsarbeit in den letzten 3 Monaten.

---

Hanspeter Uster

---

Zur Stadtpolizeifrage findet sich ein Kurzinterview im Infoblatt in der Mitte des Bulletins. Dort habe ich die Grundzüge des Kernmodells skizziert und die Gründe für den Regierungsratsentscheid erklärt.

## Vorwurf geht ins Leere

Der Vorwurf der Stadt, wir hätten sie nicht einbezogen, geht ins Leere: Seit Dezember 1995 geführte Gespräche mit der Sicherheitsabteilung kamen zu keinem Ende; hätten wir auf der ursprünglich verfolgten Linie weitergemacht, wäre ein Entscheid, ob die Stadtpolizei in die Kantonspolizei integriert werden soll, noch um Jahre offen geblieben. Die Regierung und meine Direktion haben aber vom Kantonsrat den verbindlichen Auftrag, die Frage der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (und zwar inklusive Stadt) in Polizeisachen zu klären. Und noch etwas zum Einbezug des Stadtrats: Die Regierung hat entschieden, über das Kernmodell keine Vernehmlassung zu machen, da es dabei erst um einen Grundsatzentscheid und um Abklärungen geht. Selbstverständlich wird die Stadt bei diesen von einer noch nicht bestimmten externen Firma vorzunehmenden Abklärungen einbezogen, und genauso wie die anderen Gemeinden wird sie bei der eigentlichen Gesetzesvorlage eine Vernehmlassung abgeben können. Auf Wunsch des Stadtpräsidenten hat

vor dem Versand der Kantonsratsvorlage dennoch ein Gespräch mit der Stadt stattgefunden. Wir haben gestützt darauf die Vorlage stark überarbeitet und mit einem Abschnitt über die Auswirkungen für das Personal ergänzt.

## Wahl zum Konkordatspräsidenten

Obwohl der Interkantonalen Landeslotterie (ILL) vom Regierungsrat schon anfangs 1995 mitgeteilt worden war, dass ich ab dem Geschäftsjahr 1997 Urs Kohler im Vorstand ablösen werde, hielt es die ILL nicht für nötig, mich über die Sitzungsdaten zu informieren. Erst auf Anfrage wurden sie mir mitgeteilt. So konnte ich an der ILL-Vorstandssitzung vom 25. April 1997 nicht teilnehmen, weil am gleichen Tag die Konkordatskonferenz «Strafvollzug» stattfand. Dort konnte ich nicht fehlen, da das neue Konzept für das Sekretariat beschlossen und ich zum Präsidenten des Konkordats gewählt wurde. Ab 1. November wird mir eine Juristin oder ein Jurist als Konkordatssekretär/in zur Verfügung stehen. Meine Arbeit wird geprägt sein

von den Problemkreisen 'Gemeingefährliche Straftäter', 'Planung der benötigten Gefängnis- und Massnahmenplätze' sowie die Revision der Strafvollzugsbestimmungen im schweizerischen Strafgesetzbuch. Die Aufgabe ist spannend, aber braucht wiederum Zeit und Energie.

## Bosnien-Rückkehr

Grosses Echo fand meine Intervention an der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz am 11. April zum Rückkehrkonzept Bosnien. Meine Vorschläge, bei der Fristansetzung flexibler zu sein und insbesondere bei Menschen, die nicht mehr in ihr Herkunftsgebiet zurückkehren können, auf eine Wegweisung zu verzichten, haben sich in der Praxis bewährt. Wohl gerade weil wir die Betroffenen oft und offen informierten, Fristen in begründeten Fällen erstreckten und dem Bund auch wiedererwägungsweise vorlegten, sind bereits 2/3 freiwillig ausgereist. Nur 10% haben überhaupt nicht reagiert. Eine menschlich und rechtlich korrekte und in Zweifelsfällen grosszügige Asylpolitik trägt also Früchte. ■



Stadtpolizei - für ewig in Stein gemeisselt?

Bild Brigitte Weiss

# «Ich kann mir nicht vorstellen, nichts zu machen»

Rahel Häsler ist Schülerin des Lehrerinnenseminars in Menzingen. Sie hat die Initiative «für 4 autofreie Sonntage im Jahr» mitbegründet und sammelte in drei Monaten mehr als tausend Unterschriften. Überhaupt wird diese Initiative vor allem von Schweizer Jugendlichen getragen.

---

Natalie Chiodi

---

**Bulletin:** Wie bewegst du dich vorwärts?

**Rahel Häsler:** Ich besitze das GA und fahre deswegen die meiste Zeit mit Zug und Bus, auch fahre ich häufig Velo. Leute, die ein Auto besitzen, verstehe ich teilweise schon, aber wer mehr als ein Auto hat, da habe ich Mühe. Und wenn am Morgen Hunderte von Autos an mir vorbeifahren nur mit einer Person drin, damit kann ich mich nicht abfinden. Selber kann ich mir jetzt nicht vorstellen, ein Auto zu besitzen und zu fahren.

**Bulletin:** Was würdest du an einem autofreien Sonntag machen?

**Rahel Häsler:** Ich würde sicher Velo fahren und geniessen, dass keine Autos unterwegs sind, dann würde ich auf einer normalerweise stark befahrenen Strasse ein Fest organisieren.

**Bulletin:** Du engagierst Dich für 4 autofreie Sonntage im Jahr. Wie sieht dieses Engagement aus?

**Rahel Häsler:** Ich bin seit Anfang dabei und habe mitgeholfen, den Initiativtext auszuarbeiten und die Initiative zu lancieren. Da ich aber noch nicht 18 Jahre alt bin, kann ich nicht im Organisationskomitee sein, mache aber die selben Arbeiten. Mein Ziel war es, 1000 Unterschriften zu sammeln, bin jetzt aber schon bei 1100 gelangt, und es wird noch einiges dazukommen. Ich sammle praktisch jeden Samstag immer an

denselben Plätzen vor allem in Zug und Luzern.

**Bulletin:** Und die Reaktionen der Leute?

**Rahel Häsler:** Manche Leute haben keinen Anstand, da muss ich mir dann einiges anhören und darf selber nichts sagen. Das ist vor allem dann hart, wenn du sonst schon nicht so einen guten Sammeltag hast. Am Anfang war es sehr locker zum Sammeln und jetzt höre ich immer häufiger „ich habe schon unterschrieben“ und deshalb geht es jetzt weniger schnell. Ich sammle vor allem auf der Strasse und kaum im Bekanntenkreis. Da muss ich zu lange diskutieren. Das lohnt sich nicht.

**Bulletin:** Unterschreiben eher jüngere oder ältere Leute die Initiative?

**Rahel Häsler:** Das ist sehr unterschiedlich. Ich denke die Jungen lassen besser mit sich reden, die kann man überzeugen, während die Älteren meistens von ihrer Einstellung nicht abzubringen sind. So sind es vielleicht etwas mehr junge Leute, die unterschreiben, da sie noch flexibler sind als die Älteren.

**Bulletin:** Was ist der Auslöser für dein umweltpolitisches Engagement?

**Rahel Häsler:** Wenn ich die Umwelt betrachte und feststelle, dass niemand einsieht, dass etwas anders werden soll, wollte ich wenigstens etwas machen. Meine Schwester hat mich dann auf die Initiative aufmerksam gemacht.

**Bulletin:** Was meinen deine Angehörigen und FreundInnen dazu?

**Rahel Häsler:** In meiner Klasse interessiert sich kaum jemand für Politik. Einige sagen, ich sei mutig, dass ich mit meiner Meinung auf die Strasse stehe, ich selber finde das nicht so mutig. Andere sagen, es sei ein Witz, die Welt sei sowieso schon kaputt und ich sei eine Optimistin. Meine Eltern unterstützen mich, mein Vater meint allerdings, die Initiative sei zu harmlos und der Aufwand dafür zu gross.

**Bulletin:** Hast du dich vor dieser Initiative auch schon politisch oder in Umweltschutzverbänden engagiert?

**Rahel Häsler:** Ich bin Mitglied bei Greenpeace und erst am Schluss zur Verkehrshalbierrungs-Initiative



**«Ich sammle vor allem auf der Strasse und kaum im Bekanntenkreis, da muss ich zu lange diskutieren - das lohnt sich nicht.»**

Bild Bulletin



gestossen. Ich interessiere mich sehr für Politik, aber so mittendrin war ich noch nie.

**Bulletin:** Am 24. Mai 1997 wurde das Zuger Jugendparlament JumP (Junge machen Politik) gegründet. Was meinst du dazu?

**Rahel Häsler:** Ich finde es eine gute Sache, um den Jugendlichen mehr Rechte zu geben und ihnen auch die Politik näher zu bringen. Aber für mich wäre das nichts! Mir ist es am liebsten, wenn ich immer genau dort mithelfen kann, wo es mich am nötigsten braucht. Sobald man in einer Gruppe ist, zählt die Meinung der Mehrheit und nicht mehr so stark die eigene. Auch möchte ich mich vor allem für die Natur, den Umweltschutz einsetzen und das national, nicht nur kantonale.

**Bulletin:** Damit alle LeserInnen wissen, was die Initiative beinhaltet, möchte ich dich bitten, sie kurz vorzustellen.

**Rahel Häsler:** Die Initiative fordert einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit, also 4 pro Jahr, während einer Versuchsphase von vier Jahren. Das Fahrverbot an diesen Tagen gilt nicht für Taxis, den öffentlichen Verkehr, unaufschiebbare berufliche und dienstliche Fahrten der Polizei, Feuerwehr, Krankenwagen etc. Ausnahmen entsprechen dem Ausnahmenkatalog von 1974 und sind durch den Bundesrat festzulegen. Wir sind uns bewusst, dass 4 autofreie Sonntage ökologisch nichts bringen. Was wir wollen, ist eine Sensibilisierung der Bevölkerung für Verkehrsfragen und eine grosse Stimmbeteiligung! Würde die Initiative abgelehnt, erhoffen wir uns als absolutes Minimum einen autofreien Bettag. Wir sehen diese Initiative als eine Art Umsetzung der Verkehrshalbierungsinitiative.



**«Wenn Hunderte von Autos an mir vorbeifahren, nur mit einer Person drin, damit kann ich mich nicht abfinden.»**

Bild Brigitte Weiss

**Bulletin:** Wieso gerade 4 autofreie Sonntage?

**Rahel Häsler:** Wir stehen im Kontakt mit den Leuten, die 1974 für «12 motorfahrzeugfreie und motorflugzeugfreie Sonntage im Jahr» Unterschriften gesammelt haben. Die haben uns gesagt, dass damals viele Leute sagten, zwölf autofreie Sonntage seien zuviel. Auf 4 Tage haben wir uns geeinigt, um die Chancen der Initiative zu erhöhen. Dies sollte eine realistische Initiative werden und keine utopische.

**Bulletin:** Wie sieht der Zeitplan der Initiative aus?

**Rahel Häsler:** Am 15. Februar dieses Jahres wurde die Initiative lanciert und wir wollen sie wenn möglich bereits im Herbst einreichen. Also mehr als 100'000 Unterschriften in 7 Monaten. Bis jetzt haben wir ca. 30'000 Unterschriften. Das ist sehr optimistisch gerechnet und die Sammelzeit wurde absichtlich in den Sommer gelegt, da sind die Menschen auf der Strasse. Dann machen wir auch noch Sammel-Sommerferien auf dem Velo, um die kleineren Dörfer abzudecken. Zur Abstimmung wird die Initiative erst

in 3 bis 4 Jahren kommen.

**Bulletin:** Wie steht es finanziell?

**Rahel Häsler:** Unser Budget beträgt ca. Fr. 250'000. Mit den Finanzen sieht es nicht so rosig aus, wir brauchen dringend Geldspenden.

**Bulletin:** Bist du «arbeitslos», wenn die Initiative eingereicht wird?

**Rahel Häsler:** Nein, nein, ich kann mir gar nicht vorstellen, dann nichts mehr zu machen. Die Initiative darf z.B. nicht vergessen gehen in der Zeit bis zur Abstimmung und dann glaube ich, werden wir wieder etwas Neues aushecken, eventuell eine neue Initiative. Mein Traum wäre, dass das Benzin verteuert und der öffentliche Verkehr billiger würde. Denn ich verstehe schon, dass für viele Leute die teuren öffentlichen Verkehrsmittel ein Problem sind.

**Bulletin:** Hat die Initiative eine Chance?

**Rahel Häsler:** Natürlich, ich sehe das beim Sammeln. Da sagen etwa die Hälfte ja, ich unterschreibe, die andere Hälfte nein, ich unterschreibe nicht. ■

Das Interview fand am 28. Mai 1997 statt.

# Aus zwei mach eins

Die beiden grossen Car-sharing Organisationen in der Schweiz sind bei Erscheinen dieser Bulletin-Nummer fusioniert. Die Auto Teilet Genossenschaft (ATG) mit rund 9'000 GenossenschafterInnen und BenutzerInnen und fast 400 Autos und die ShareCom mit rund 5'500 GenossenschafterInnen und 300 Autos haben sich zur «MOBILITY Genossenschaft» zusammengeschlossen. Aus diesem Anlass haben wir mit dem Zuger Lorenzo Martinoni, einem der drei Geschäftsleiter von MOBILITY, ein Interview geführt. Martinoni (35) ist seit 1993 Geschäftsführer der ShareCom.

---

Martin Stuber\*

---

**Bulletin:** Wir haben vor einigen Jahren schon einmal ein Interview mit Dir geführt, v.a. um die ShareCom vorzustellen.

Schon damals tauchte die Frage auf, weshalb es in der Schweiz zwei Autoteilet-Organisationen gibt. Wieso die Fusion zwischen Euch und der ATG gerade jetzt.

**Martinoni:** Du könntest auch fragen: Wieso die Fusion erst jetzt...

Tatsächlich war das jetzt schon der dritte Anlauf zur Fusion. Ein erster Versuch fand 1989 statt. Wieso dieser Versuch scheiterte, weiss ich nicht. Der zweite scheiterte 1992, aus drei Gründen: Der Prozess wurde nicht professionell genug angegangen, zudem erschwerten persön-

liche Differenzen zwischen einzelnen Exponenten die Verhandlungen. Drittens bestanden grundsätzliche Unterschiede bezüglich der Geschäftspolitik: die ATG setzte schon damals auf einen pragmatischeren Ansatz und sah das Carsharing als etwas, das auch als konventionelle Dienstleistung angeboten werden kann. Bei der ShareCom hingegen stand der Selbsthilfegedanke im Zentrum der Überlegungen.

**Bulletin:** Was verstehst Du unter Selbsthilfe in diesem Zusammenhang?

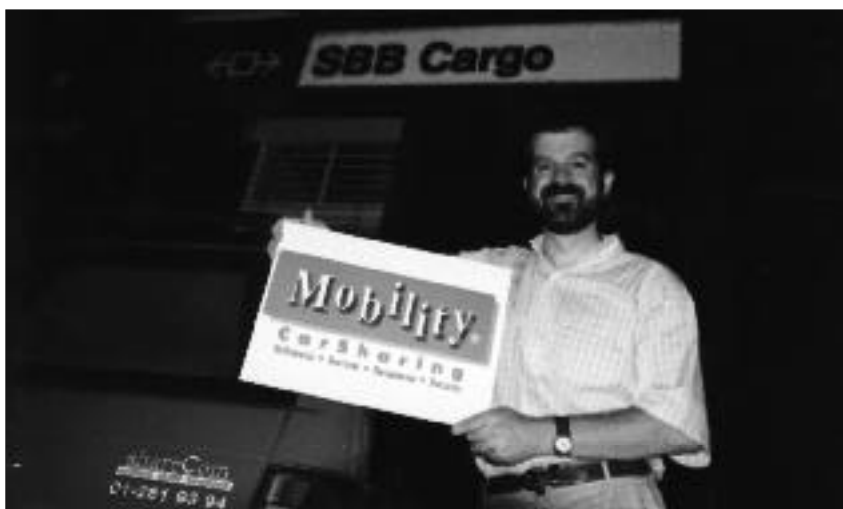
**Martinoni:** In der ShareCom wurde von den GenossenschafterInnen aktives Engagement erwartet, es wurde v.a. von der Gründergeneration her eine andere Konsumphilosophie propagiert. Die Leute sollten

nicht einfach nur die Autos reglementskonform nutzen, sondern sich auch in die Aktivitäten der Genossenschaft einbringen. Das beinhaltete v.a. die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben wie Wagenbetreuung und Gruppenleitung. Es hat sich dann gezeigt, dass die Bereitschaft zur Ausübung dieser für das gute Funktionieren wichtigen Tätigkeiten in Grenzen blieb, während vorallem in den Städten die Anforderungen an die gestellten Aufgaben sind. Die Betreuung eines Autos z.B., das in Zürich beim Hauptbahnhof steht, ist wesentlich aufwendiger als die Betreuung eines Wagens in Oberägeri.

**Bulletin:** Ich denke mir, dass Euer rasantes Wachstum diese Problematik verschärft hat?

**Martinoni:** Ja, vor allem in den grossen Städten hat sich die Motivation der neu hinzukommenden GenossenschafterInnen zunehmend verschoben. Die Leute sind zu uns gekommen, weil wir eine praktische und kostengünstige Alternative zum privaten Auto anbieten. Das Interesse, sich aktiv zu engagieren, hat nicht im gleichen Mass zugenommen wie die Anzahl der Mitglieder. Dazu kommt die zunehmende Anonymisierung in den Städten, wo sich nicht mehr alle Mitglieder untereinander kennen und das immer dichter werdende Standortnetz die Bindung zum «eigenen» Fahrzeug geschwächt hat.

**Bulletin:** Kannst Du dieses Wachstum kurz skizzieren?



**Mobility bietet an rund 500 Standorten in der ganzen Schweiz um die 700 Autos zur Benützung an**

.Bild: Brigitte Weiss

**Martinoni:** 1992 hatten wir in der gesamten Schweiz 50 Autos. Ende 1996 waren es nur schon in der Stadt Zürich gegen 100 Wagen. Ende 1992 hatten wir 1000 Mitglieder in Gruppen von 10 bis 30 Personen - von Sargans bis Basel und Bern - die je ein bis zwei Autos lokal teilten. Ende 1996 zählten wir in Zürich rund 2000 Mitglieder, welche die im Stadtgebiet stationierten 100 Autos kreuz und quer benutzten.

**Bulletin:** Wie hat sich in der gleichen Zeit denn die ATG entwickelt?

**Martinoni:** Ihr Wachstum war sogar noch etwas grösser - die ATG hat mehr in die Werbung gesteckt und v.a. in den Städten Luzern, Bern und Basel auch Personal angestellt, um die dort aktiven GenossenschaftlerInnen zunehmend zu entlasten. Dieser dienstleistungsorientiertere Ansatz der ATG hat die Zürcher VBZ im letzten Herbst dazu bewegen, der ATG den Vorzug gegenüber einem Autovermieter (Europcar) zu geben bei der Umgestaltung ihres Produktes «züri mobil». Damals ist klar geworden, dass der dienstleistungsorientierte Ansatz der ATG der beste Weg ist, um die wachsende Anonymisierung aufzufangen und gleichzeitig erfolgreich im Markt zu bestehen und dadurch eine umweltverträgliche Mobilität in einem grösseren Massstab zu fördern.

**Bulletin:** Und gerade Zürich war ja eigentlich euer Territorium...

**Martinoni:** Ja, aber die Konkurrenz durch «züri mobil» war nicht der entscheidende Aspekt, sondern die Tatsache, dass wir uns gefragt haben: Ist uns der Selbsthilfegedanke wichtiger oder soll die möglichst schnelle und durchdringende Verbreitung einer umweltverträglichen Mobilität im Vordergrund stehen? Wir haben uns für letzteres entschieden. Auch deswegen wurden die auf Initiative des VCS seit Ende 95

geführten Gespräche ab letztem Herbst zu echten Verhandlungen. Hinzu kamen bei der ShareCom personelle Veränderungen im Verwaltungsrat.

Am 20. Januar fiel in den Leitungsgremien der Beschluss, sich zusammenzuschliessen. In den beiden notwendigen Urabstimmungen sanktionierte die ATG-Mitgliedschaft diesen Entscheid mit 97%, bei der ShareCom waren es nach einer kontrovers geführten Abstimmungskampagne 79%, die zustimmten.

**Bulletin:** Kommen wir zu MOBILITY. Welche Ziele habt ihr euch gesteckt?

**Martinoni:** Zuerst gilt es, die verfügbaren Ressourcen zu bündeln, um damit das Car-sharing-Angebot quantitativ und qualitativ zu verbessern. Je dichter zum Beispiel das Standortnetz ist, um so attraktiver das Angebot. Werden zwei oder gar drei Standortnetze parallel aufgebaut, so kann sich das Car-sharing nicht gleich gut entwickeln. Durch den Zusammenschluss wird unser Angebot auch für potentielle Kooperationspartner - zum Beispiel im Bereich öffentlicher Verkehr - wirklich

interessant. Das ist wichtig, weil MOBILITY mehr als nur Car-sharing anbieten will, das sagt schon der Name. Die umweltverträgliche Mobilität der Zukunft besteht - davon sind wir überzeugt - aus der Kombination von verschiedenen Verkehrsträgern, die heute meist noch in Konkurrenz zueinander stehen.

MOBILITY ist wie ShareCom und ATG eine Genossenschaft. Bei der Gestaltung von MOBILITY achteten wir darauf, einen strukturellen Rahmen zu schaffen, der den Mitgliedern die Möglichkeit gibt, sich aktiv zu engagieren. So baut MOBILITY weiterhin auf das lokale Engagement ihrer Mitglieder auf, aber nicht mehr in gleicher Masse und mit der gleichen ideologischen Radikalität wie es bei ShareCom der Fall war. Wer sich für eine gute Sache aktiv engagieren will, ist weiterhin herzlich willkommen und erhält auch eine - bescheidene - Entschädigung für die Eigenleistungen. Wo es nicht geht oder nicht sinnvoll ist - zum Beispiel in grösseren Städten - wird angestelltes Personal eingesetzt. ■

\* Das Gespräch fand am 1. Juni statt.

## Das Angebot von MOBILITY

Mobility bietet an rund 500 Standorten in der ganzen Schweiz um die 700 Autos zur Benützung an. Im Kanton Zug befinden sich Standorte in Ägeri, Baar, Cham, Inwil, Oberwil, Rotkreuz, Steinhausen und Zug.

Es ist möglich, sich entweder als GenossenschaftlerIn oder als NutzerIn anzumelden.

Um GenossenschaftlerIn zu werden sind Fr. 1'000.- Genossenschaftskapital einzuzahlen (Folgemitglieder im gleichen Haushalt: Fr. 100.-), die im Falle eines Austrittes unverzinst zurückbezahlt werden. Dazu

kommen Fr. 200.- Aufnahmegebühr. NutzerInnen zahlen eine Jahresgebühr von Fr. 100.- und für sie gilt ein um rund 10% höherer Benutzungstarif.

MOBILITY bietet nicht nur Autos zur Nutzung an, sondern auch Segelboote an verschiedenen Schweizer Seen, in Zürich und Winterthur auch Videokameras und ein Tandem.

Detaillierte Informationen können bezogen werden bei:

MOBILITY CarSharing Schweiz  
Mühlenplatz 10  
6005 Luzern

# MIGROS will wachsen

«Festhalten an den Plänen» - so lautet die Überschrift eines Pressecommuniqués der Genossenschaft MIGROS Luzern vom 13. Mai 1997. Das grösste Einkaufszentrum im Kanton Zug soll also nach dem Willen des Grossverteilers ausgebaut werden. Wir bringen Hintergrundinformationen zu diesem brisanten Thema, das nicht nur die Steinhauser beschäftigt.

---

Pius Fähndrich\*

---

Das obenerwähnte Pressecommuniqué ist im folgenden gekürzt wiedergegeben:

«Die MIGROS Luzern hält an ihrer Absicht fest, das Einkaufszentrum 'Zugerland' zu sanieren und gleichzeitig um einige tausend Quadratmeter auszubauen. (...)

Absicht der MIGROS ist es, das in die Jahre gekommene und nicht mehr den Kundenbedürfnissen entsprechende Einkaufszentrum zu modernisieren. Bestandteil hiervon ist der Einbezug von sogenannten Fachmärkten, also Spezialgeschäfte mit einem ebenso breiten wie tiefen Sortiment. Dass dies die Gunst der Konsumenten trifft, beweist der grosse Erfolg des unlängst eröffneten MParc Ebikon, dem ersten Fachmarktcenter der Zentralschweiz. Vorstellbar sind Fachmärkte im Bereich Sport, Unterhaltungselektronik, Möbel sowie Heim- und Handwerker.

Gleichzeitig soll der lahmende Zuger Detailhandel an Terrain zurückgewinnen - ein starkes peripheres Einkaufszentrum trägt dazu bei. Auch gilt es, der in der übrigen Zen-

tralschweiz und im Kanton Zürich, namentlich in Affoltern, expandierenden Branche Paroli zu bieten. Mit dem 'Zugerland' in der heutigen Form ist dies nicht möglich. (...)

Soweit die Sicht der MIGROS.

## MIGROS-Strategie

Der stagnierende Lebensmittelverkauf spielte sich in den vergangenen Jahren wieder vermehrt in den Dorfläden ab, und genau hier hat Coop einiges von seinem Rückstand auf die MIGROS wettgemacht. Ein Teil der MIGROS-Strategie ist daher, ihre Lebensmittel wieder vermehrt in den Dörfern abzusetzen (neue Läden in Rotkreuz und Oberägeri), andererseits will die MIGROS (selbstredend will dies auch Coop) mit den boomenden Fachmärkten ihre Einkaufszentren aufwerten: Bei derselben Fahrt sollen die Kunden länger in den Zentren verweilen und dabei natürlich mehr einkaufen. Das ist auch der Grund, weshalb bei einer Erweiterung der Verkaufsfläche um 2500 m<sup>2</sup> (30%) und einer Erhöhung der Parkplatzzahl um 160 (17%) «nur» mit einem um 10 % höheren Verkehrsaufkommen gerechnet wird.

## Was bisher geschah

Der MIGROS Genossenschaftsbund Zentralschweiz hat vor geraumer Zeit bei der Gemeinde Steinhausen das Baugesuch für ein Projekt zum Umbau des Einkaufszentrums Zugerland eingereicht. Mit diesem Projekt wollte man in erster Linie das bestehende Sortiment konsolidieren und die Platzverhältnisse verbessern.

Bevor genaueres bekannt war, signalisierte der Gemeinderat Steinhausen vorbehaltlos Zustimmung zum Projekt: Investitionen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen waren seine Hauptargumente.

Dann zog die MIGROS aber ihr erstes Umbaugesuch plötzlich zurück und plant nun stattdessen eine grosse Erweiterung im Bereich Fachmärkte.

Damit diese Erweiterung des «Zugerlandes» aber überhaupt möglich ist, muss der Teilrichtplan entsprechend angepasst werden. Nach dem bestehenden Teilrichtplan dürfen im Kanton Zug Zentren mit maximal 6000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche realisiert werden. Mit den geplanten Änderungen wären an verschiedenen Orten im Kanton Zug Einkaufszentren mit Verkaufsflächen bis zu 10'000 m<sup>2</sup> möglich.

## Dorf Steinhausen - Einkaufszentrum «Zugerland»

In einer geschickt geplanten PR-Aktion tritt die MIGROS die Flucht nach vorne an und versucht, nach

## Geplanter Ausbau «Zugerland»

	<i>Bestehend</i>	<i>Neu</i>
Verkaufsfläche nur MIGROS	6000 m <sup>2</sup>	8500 m <sup>2</sup>
Verkaufsfläche ganzes Zentrum	8200 m <sup>2</sup>	10700 m <sup>2</sup>
Anzahl Parkplätze	930	1090



**90% kommen per Auto, nur 4% per Velo**

Bild Brigitte Weiss

dem Gemeinderat Steinhausen nun auch die breite Öffentlichkeit für ihr Projekt zu gewinnen. Dabei werden natürlich besonders die Vorteile des Projekts («Es wird kein einziger zusätzlicher Quadratmeter Land beansprucht.») und die absolute Notwendigkeit des Ausbaus in den Vordergrund gestellt, weil ja «das Einkaufen bei mehr Platz, mehr Licht und frischen Farben mehr Freude macht». Die bisherigen Äusserungen des Gemeinderates und die entsprechenden Pressemeldungen könnten leicht den Eindruck erwecken, der geplante Ausbau sei für die Gemeinde Steinhausen ein absoluter Glücksfall und die Bevölkerung stände geschlossen hinter dem Projekt. Das trifft aber zweifellos nicht zu. Viele EinwohnerInnen von Steinhausen wissen, dass neben gewissen positiven Aspekten das Einkaufszentrum bzw. sein Ausbau auch negative Auswirkungen hat. Arbeitsplätzen und einem attraktiveren «Zugerland» stehen ein beträchtlicher Mehrverkehr und ent-

sprechende Luft- und Lärmbelastung wie auch negative Auswirkungen auf das Dorfleben gegenüber. Wenn man die anfallenden, beträchtlichen Infrastrukturkosten den bescheidenen Steuerzahlungen der MIGROS gegenüberstellt, kann man nicht behaupten, Steinhausen profitiere vom Einkaufszentrum.

#### Dorf und Lebensqualität

Ein Dorf steht und fällt mit der Qualität seines sozialen Lebens. Ein wesentlicher Teil davon sind spontane Begegnungen, die oft nur zu einem Gruss, ein paar Worten, aber auch zu einer Diskussion oder sogar zu Problemlösungen führen können. Gelegenheiten dazu bieten sich unter anderem beim sogenannten «Kommissionen machen». Post, Bank, diverse Läden, aber auch Restaurants, Handwerker und Dienstleistungsbetriebe, schnell, spontan und zu Fuss oder mit dem Velo erreichbar, gehören zur unabdingbaren Infrastruktur eines Dorfes. Es wäre aber

eine Illusion zu glauben, deren Bestehen allein genüge sich selber.

Das Überleben dieser dörflichen Infrastruktur ist nur gewährleistet, wenn nicht nur gerade der fehlende Suppenbeutel und das Pflasterli im Dorf gekauft werden, sondern auch grössere Mengen, und wenn nicht nur ein kaputter Stuhl zum Schreiner gebracht, sondern bei ihm auch mal ein Möbelstück gekauft wird. Auch wenn im Augenblick etwas mehr Geld dafür aufgewendet werden muss als im Einkaufszentrum, kommt der Kauf unter dem Strich möglicherweise nicht teurer zu stehen, wenn man Beratung, Qualität, Service und Lebensdauer berücksichtigt und auch Fahrkosten und Fahrzeit in die Rechnung miteinbezieht.

Gerade die jüngere Generation weiss aber kaum mehr, was es im Dorf alles gibt. Für sehr viele geht über ihre Vorstellungskraft, dass Käse und Milch offen und sogar im Dorf gekauft werden könnten. Zudem ist es für sie selbstverständlich, dass es zum Einkaufen das Auto braucht. Viele schätzen halt dieses «Einkaufserlebnis» und die Anonymität der Zentren höher ein als die persönliche Bedienung beim Detailisten.

Erfreulicherweise, so die aktuelle Statistik, scheint das Lädelerben ein Ende zu haben, denn die Zahl der Dorfläden hat im letzten Jahr wieder zugenommen.

#### Benutzte Verkehrsmittel für das «Zugerland»

90%	Auto
1%	per pedes
4%	Velo/Motorrad
5%	Öffentlicher Verkehr

### Arbeitsplätze

Die MIGROS spricht von 50 zusätzlichen Arbeitsplätzen und davon, dass das regionale Gewerbe von den investierten mehr als 30 Millionen Franken profitiere. Dass aber das lokale (Klein-)Gewerbe allen Beteuerungen der MIGROS zum Trotz kaum eine Chance hat, darüber macht man sich beim Gewerbeverein bedeutend weniger Illusionen als im Gemeinderat. Man ist sich im klaren, dass für das Baugewerbe nicht viel, für den Detailhandel aber nichts herauschaut. Wieviele Arbeitsplätze am Schluss für die Gemeinde herauschauen, wird sich weisen. Wenn man aber schaut, woher die heute beschäftigten 460 Mitarbeiter alle kommen, darf man sich auch hier keine Illusionen machen. Da die Umsätze im Foodbereich in den letzten Jahren leicht rückläufig sind, ist in diesem Bereich kein Ausbau geplant. Der Lebensmittelhandel braucht also den Ausbau weniger zu fürchten als das Gewerbe, das zusätzliche und neue Konkurrenz erhält.

Für das Verkaufspersonal ist die Arbeitsqualität im Dorf grundsätzlich besser als in den Einkaufszentren. Vor allem die Tatsache, dass sich der ganze Arbeitstag unter Kunstlicht und klimatisiert abspielt, macht vielen zu schaffen.

### Verkehr

Dass der Verkehr und damit auch die Luftqualität in der Agglomeration Cham-Baar-Zug ein grosses Problem darstellt, ist wohl niemandem etwas Neues. Bei den jetzigen prekären Verhältnissen bedeutet natürlich die geschätzte Verkehrszunahme von 10% eine wesentliche Verschlechterung. Zudem darf ein Projekt, das Mehrbelastungen bringt, sicher nicht als unproblematisch und die Mehrbelastungen

als marginal bezeichnet werden, zumal die Luftreinhalteverordnung eine deutliche Verbesserung der Luftqualität anstrebt.

### Steuerungsmechanismen

Der Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) selbst zeigt eine der Massnahmen auf, mit denen die Verkehrszunahme gebremst und den Dorfzentren zu mehr Attraktivität verholfen werden könnte. Würden z.B. 10% weniger Parkplätze erstellt, wären die Folgen unter anderem:

- Verzicht auf das Einkaufen zu Spitzenzeiten
- Vermehrter Autoverzicht
- Ausweichen auf Läden in den Dorfkernen.

Zusätzlich muss versucht werden, durch Parkplatzbewirtschaftung im Sinne der Kostenwahrheit die Verkehrsflut etwas zu reduzieren. Selbstverständlich ist eine Parkplatzbewirtschaftung nur sinnvoll, wenn sie im ganzen Kanton und besser auch noch in den benachbarten Kantonen betrieben wird. So könnten nicht einzelne Betriebe oder Zentren mit Gratisparkplätzen einen Wettbewerbsvorteil ausspielen.

Das Zugerland wird heute zu 90% mit dem Auto erreicht. In Zeiten wirtschaftlicher Krise könnte aber das Auto doch für mehr und mehr Leute zum unerschwinglichen Luxusartikel werden. Ob der Versorgungsauftrag noch erfüllt werden kann, wenn der Zentrumsog weiter anhält und Detaillisten und Kleingewerbe aus dem Dorfbild verschwinden, darf bezweifelt werden.

### Der Gemeinderat als Anwalt der MIGROS?

Es ist vor diesem Hintergrund gelinde gesagt erstaunlich, wie eindeutig und unkritisch der Gemeinderat Steinhausen zum MIGROS-Ausbau projekt klare Zustimmung signalisiert,

bevor die Öffentlichkeit (Parteien, Gewerbeverein, Quartiervereine) Gelegenheit hatte, sich über das Projekt zu informieren und das Für und Wider unvoreingenommen und sachlich zu prüfen. Wessen Interessen vertritt der Gemeinderat eigentlich, diejenigen der MIGROS oder diejenigen der betroffenen Bevölkerung und des Dorfes? Was ist für die Gemeinde und das Dorf Steinhausen wichtiger: ein riesiges Einkaufszentrum, dessen Erschliessung voll auf das Auto ausgerichtet ist, oder ein intaktes Netz von Dorfläden und Geschäften. ■

\* Mitglied der Frischen Brise Steinhausen

## Erfolg für Frische Brise

Nachdem der Gemeinderat sehr voreilig der MIGROS Zustimmung signalisiert hatte, bevor in der Öffentlichkeit eine Diskussion stattfinden konnte, hat sich die FrBri bemüht, die Erweiterung «Zugerland» zu einem öffentlichen Thema zu machen. In einem offenen Brief und in einem «Hurrilubus»-Artikel wurde das Problem aufgegriffen. Einer unserer Vorschläge war, eine gemeindliche Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit den Fragen um das Einkaufszentrum befassen soll.

Die Intervention der FrBri hat Früchte getragen, wie nach Redaktionsschluss bekannt wurde: Der Steinhauser Gemeinderat wird eine solche Arbeitsgruppe einsetzen!

# Planerische Chance oder städtebaulicher Fluch?

Voraussichtlich wird der Siemens-Konzern die frühere Landis & Gyr samt dem ganzen Zuger Industriearéal erst Ende 1997 oder noch später von der Elektrowatt übernehmen können. In der heutigen «Zwischenphase» fallen Entscheide schwerer. Aber nur prägende öffentliche oder kulturelle Nutzungen an günstiger Lage im Areal erlauben, aus dem Gebiet zwischen Bahnlinie und Aabachstrasse einen lebendigen Stadtteil zu machen.

---

Dani Brunner

---

Dass auf dem L & G-Areal künftig mindestens ein kleiner Wohnanteil verwirklicht werden soll, ist mittlerweile Allgemeingut. Noch während der Debatten um die neue Zuger Stadtplanung wurde unsere Forderung nach einem durchmischten Quartier vom einstimmigen Bürgerblock abgeschmettert. Das L & G-Areal wurde als Industriezone «I 25» mit völliger Freigabe auch für betriebsfremde, nicht zu einer industriellen Nutzung gehörende Büros festgelegt. Davor war das L&G-Areal ausschliesslich für die industrielle Nutzung reserviert. Wie bei der übermässigen Ausnützungserhöhung in den Wohnquartieren stellen mittlerweile auch Bürgerliche fest, dass das Zuger Stimmvolk im Dezember 1994 nicht die intelligenteste Lösung angenommen hat. Denn in einer Industriezone «I 25» ist neben dem Wohnen auch eine kommerziell-kulturelle Durchmischung mit Restaurants, Läden oder schulischen und kulturellen Nutzungen verboten. Wie die Erfahrungen mit anderen «Büro-Monokulturen» - von den Gewerbezones in den Zuger Aussengemeinden bis zu den Docklands in London - gezeigt haben, ist in solchen Gebieten die Büronutzung nicht überdurchschnittlich attraktiv oder rentabel. Deshalb möchte sogar die L & G-Immobilien AG auf dem Stammareal in einem kleinen Perimeter rund um einen sogenannten künftigen «Stadtplatz»

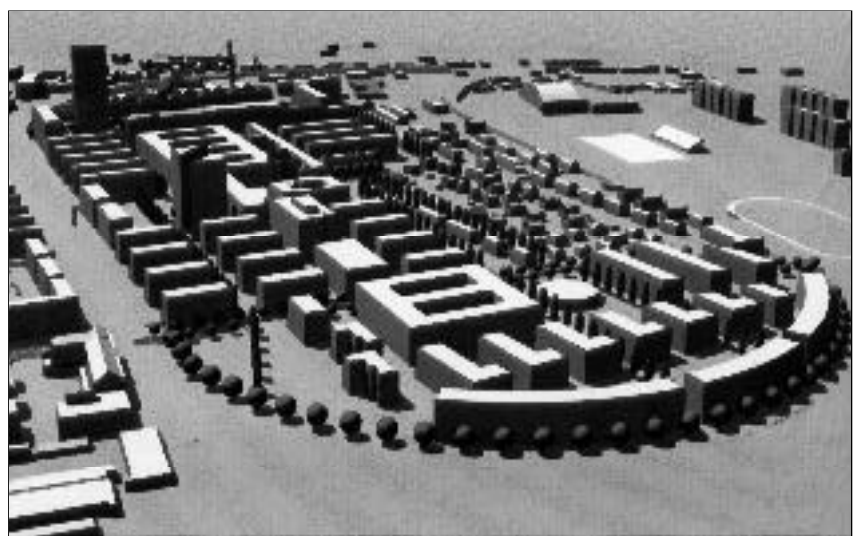
anstelle des heutigen «Shed»-Baus Wohnungen und «städtische Nutzungen» realisieren, und zwar frühestens als Bauetappe 2.

Umzonen, aber wie?

In der Antwort auf die Interpellation der Fraktion SGA/Parteilose im Grossen Gemeinderat befürwortete der Stadtrat im April '97 eine Umzonung und eine gemischte Nutzung. Das ist sicher ein erster Erfolg. Ungenügend bleibt der vom Stadtrat vorgesehene Mindestwohnanteil. Denn trotz dem städtischen Leitbild, das ein besseres Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Arbeitsplätzen vorsieht, wird die «Pendlerbilanz» durch eine Überbauung des L & G-Areals in den nächsten Jahrzehnten massiv verschlechtert. Besonders

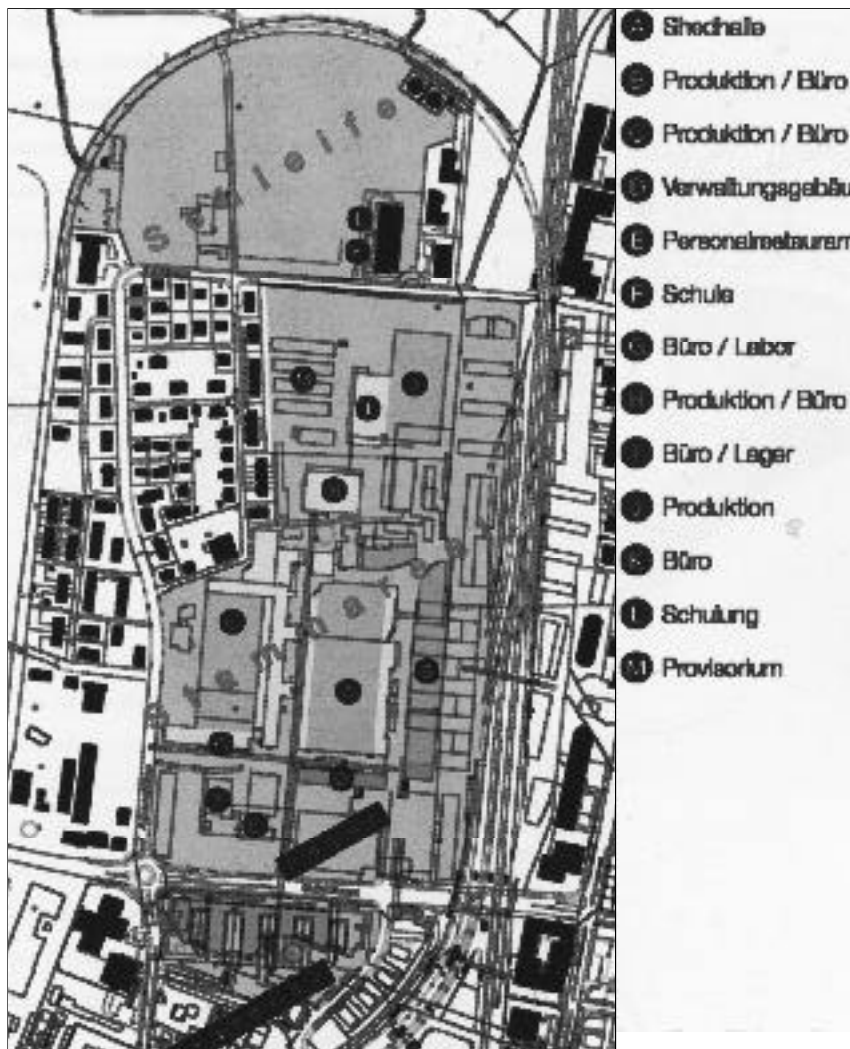
schwach und zweideutig bleibt der Stadtrat vor allem in der Frage, wer planerisch welche Prioritäten (durch)setzen wird: Tanzt der Stadtrat und mit ihm wohl auch die bürgerliche Gemeinderatsmehrheit nach der Pfeife der Grundeigentümer oder stellt die öffentliche Hand das Interesse der Bevölkerung und der Region an einem durchmischten Quartier voran?

Die L & G hat den Behörden schon mehrmals angekündigt, dass das Gesuch für einen Bebauungsplan Gubelstrasse Nord «in wenigen Wochen» eingereicht werde. Dieser Bebauungsplansollnachden Normen für eine Industriezone «I 25» die Grundlage für die Verwirklichung des Wettbewerbsprojekts Kohlhoff «Foyer» mit drei Gebäuden, darunter einen 90 Meter hohen Turm, mit



Masterplanvariante M.Hotz, BHB Zug

Grafik aus: Dokumentation Masterplan L&G



50'000 Quadratmetern Nutzfläche zwischen der Gubelstrasse und dem grossen Verwaltungsgebäude abgeben. Weil in der Industriezone Wohnungen und belebende Nutzungen wie Kultur, Läden und Restaurants verboten sind, würde eine erste Etappe nach den Vorstellungen der L&G unserem Ziel eines durchmischten Quartiers diametral widersprechen. Die geplante Büromonokultur an der Gubelstrasse stellt einen Siebtel des endgültigen Ausbauvolumens dar und würde die Phase der Durchmischung in den andern Teilen des Areals um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, hinausschieben.

Was passiert mit dem grossen «Shed»-Bau?

Schon im Grossen Gemeinderat machten wir klar, dass wir ein scheinbarweises Vorgehen in diesem Stil kaum akzeptieren würden. Ein Referendum gegen den Bebauungsplan wäre vorprogrammiert. Zum Schicksal des grossen Shed-Baus, der nun seit zwei Jahren anlässlich von L & G-Jubiläum, FRANZ-Kulturwochen, Technofestival, EVZ-Fest usw. jeweils für einige Stunden von Tausenden von Zugerinnen und Zugern in Beschlag genommen wird, mag sich der Stadtrat nicht äussern. Der Shed passt nicht in das städtebauliche Konzept

des Masterplans, würde sich aber für vielfältige Nutzungen im Interesse der Öffentlichkeit eignen: für Messen oder ein Jungunternehmerzentrum, samt regionalem Kulturzentrum, oder einem grösseren Kinokomplex mit Restaurants und zugehörigen Läden. Um hier Einfluss zu nehmen, müssten Stadt und Kanton klar machen, dass sie bereit sind, einige Dutzend Millionen Franken in zukunftsgerichtete Nutzungen zu investieren. Schliesslich hat der Kanton für das Gaswerk-Areal auch über fünfzig Millionen Franken bezahlt, und das ehemalige L & G- Areal an der Hofstrasse liess er sich fast 20 Millionen kosten.

#### Arbeitsplätze und Verkehr

Im Vollausbau hätte das Areal gemäss den Vorstellungen des Stadtrats - also mit einem Mindestwohnanteil von 30 % auf einem kleinen Teil des L & G - Stammareals - rund 10'700 Arbeitsplätze! Heute sind es «nur» 3'000. Insbesondere auf dem Schleifen-Areal im Norden mit einem Mindestwohnanteil von 50 % sollen insgesamt etwa 1'000 Wohnungen für 2'300 BewohnerInnen entstehen. Weil nur knapp die Hälfte der Bevölkerung erwerbstätig ist, gäbe es mindestens 5'000 zusätzliche ArbeitspendlerInnen. Auch wenn «nur» ein Fünftel der in einigen Jahrzehnten auf dem Areal Beschäftigten mit dem Auto zur Arbeit fahren, berechneten die Autoren des L & G-Masterplans, dass in den Spitzenzeiten eine fünfspurige Zu- und Wegfahrt nötig wäre. Solche Kapazitäten stellte nicht einmal die twerenboldsche «Stadtumfahrung» zur Verfügung. Ob durch eine Stadtbahn und die Führung von ZVB - Linien durchs Areal der massive Ausbau des Strassennetzes unnötig würde, ist nicht geklärt.

Ein Ausgleich der «Pendlerbilanz» wäre nur mit einem Wohnanteil von 70 Prozent möglich. Deshalb ist für uns die Festlegung des



Wohnanteils über das ganze Gebiet ein wichtiges Anliegen. Keinesfalls im Interesse der Stadt wäre es jedoch, wenn Zonenplanänderungen und Bebauungspläne im L&G-Areal von Mal zu Mal und je nach kurzfristigem Investoreninteresse nur für einzelne Teilgebiete vorgenommen würden. Denn die Druckmöglichkeiten der Grundeigentümer wären gerade bei stückweisem Vorgehen zu gross: «Wenn Ihr uns nicht gebt, was wir wollen, können wir für Arbeitsplätze nicht garantieren.»

Bei einem so grossen Areal ist jede Prognose einer Überbauungsreihenfolge mit Unsicherheiten behaftet. Aber die Stadtplanungsentscheidung von 1994 dürfen im Rückblick definitiv als naiv taxiert werden. Deshalb darf zeitliche Unbestimmtheit im Hinblick auf planerische Festlegungen nicht ein weiteres Mal zur Entschuldigung werden. Im Interesse einer lebenswerten Stadt muss die öffentliche Hand ihre eigene Meinung mit einiger Dringlichkeit bilden. Gemäss dem im Sommer 1996 veröffentlichten Masterplan soll die Realisationsphase für den Nordteil des Industrieareals und die «Schleife» bereits 1998 beginnen, dasselbe ist 1999 für das SBB-Areal östlich der Geleise vorgesehen!

Auch wenn solche Zeitpläne regelmässig Verschiebungen erfahren, soll die Öffentlichkeit vorausschauend in die Gestaltung eingreifen. Deshalb muss ein Gesamtpaket geschnürt werden, das auf lange Sicht eine gute Entwicklung für das Gebiet sicherstellt. Doch zuallererst sind von den Behörden mutige Weichenstellungen, möglichst für eine öffentliche Nutzung des grossen Shed, nötig. Käme ein solches Zentrum des neuen Quartiers zustande, dürfte die Frage nach der genauen Höhe des Mindestwohnanteils etwas in den Hintergrund rücken - weil so ein auch in der Nacht lebendes Quartier entstehen würde. ■

### Grün im Büropark

Was in Zug Gefahr läuft, als wirtschaftsfeindlich abgestempelt zu werden, wird andernorts vom Gewerbe gefördert. Die vom Basler Gewerbesekretär Christoph Eymann zusammen mit der Kiesindustrie gegründete schweizerische Stiftung Natur & Wirtschaft will zehn Prozent der Schweizer Industrie- und Gewerbeareale naturnah gestalten. Das ergäbe eine Fläche von 25 km<sup>2</sup>, die dem Total der heutigen öffentlichen Parks in der Schweiz entspricht! Für das L & G - Areal ergäben sich naturnah gestaltete Fläche von über zwei Hektaren (20'000 Quadratmeter). Demgegenüber will sich der L & G-«Masterplan» bereits in seiner jetzigen Form mit grünen Federn schmücken. So wird etwa ein Platanenplatz im Vorgelände des heutigen Verwaltungsgebäudes als Grünfläche deklariert; dieser Platz wäre allerdings wie heute vor allem ein grosser Parkplatz - mit den heutigen Platanen und einem teureren Bodenbelag. Die wirklichen Grünflächen sind kaum mehr als bescheidene Restflächen inmitten von Büroschluchten.

### Nur Kosten für die Stadt?

Eine Überbauung des L & G-Areals verursacht Stadt und Kanton für den öffentlichen wie den privaten Verkehr bedeutende, auch jährlich wiederkehrende Erschliessungskosten. Dazu braucht es als Verbindungen zwischen Baarerstrasse und dem neuen Stadtteil Fussgänger- und Velounterführungen, die weitere Millionen Franken kosten. Leider gibt es in Zug bis jetzt keine politische Kultur, die dafür sorgt, dass nicht einfach die Gewinne bei Privaten und die Kosten bei der öffentlichen Hand anfallen. Anders in Baden, Winterthur, Oerlikon und weiteren Städten, die mit dem L & G-Areal vergleichbare «Industriebrachen» haben: In Baden zum Beispiel tritt die ABB nach dem Bau rund 20% der Grundstücksfläche, nämlich alle Grünflächen und die Erschliessungswege, gratis an die Stadt ab. Dazu kommen wichtige öffentliche Nutzungen, für welche Stadt und Kanton das Land kauf(t)en. Eine aktive Politik sichert Baden Einfluss auf das neue Quartier, wenn auch der Wohnanteil insgesamt nur 26 % betragen wird.

### L & G Immobilien AG

Eigentümerin des grössten Teils der Grundstücke zwischen Bahnlinie und Aabachstrasse ist (wahrscheinlich) immer noch die Landis & Gyr Immobilien AG. Der Verwaltungsrat der L & G Immobilien AG ist seit Januar 1997 mit Vertretern der Elektrowatt-Tochter Göhner Merkur Immobilien besetzt. Der frühere Geschäftsleiter der L & G-Immobilien AG, Han P. Bullens, ist zwar nicht mehr Verwaltungsrat, zieht über seine MRC jedoch weiterhin die entscheidenden Fäden. Er war im Gegensatz zum früheren L & G-Kon-

zernchef Kissling seit einigen Jahren für eine minimale Wohnnutzung. Ob Siemens als ausländische Firma unter der Lex Friedrich auch nicht «betriebsnotwendige» Immobilien übernehmen darf, ist nicht definitiv geklärt. Bekannt ist aber, dass die Zuger Volkswirtschaftsdirektion als Bewilligungsbehörde Siemens keine Steine in den Weg legen will. Die Grundstücke zwischen dem L & G-Areal und der Bahnlinie gehören den SBB; sie haben ihre frühere Planung offenbar zugunsten des Masterplans aufgegeben.

# Blick hinter die Kulissen

**Am 23. August feiert die zweite Zeitung auf dem Platz Zug ihren ersten Geburtstag. Die Erwartungen an die Zuger Presse waren und sind hoch. Kaum eine Leserin, ein Leser kann sich jedoch vorstellen, welch enormer Arbeitsaufwand hinter einer einzigen Nummer steckt. Ein Stimmungsbild der beiden Zuger Presse Mitarbeitenden Adi Hürlimann und Barbara Schmutz.**

---

Adi Hürlimann\*

---

Im letzten Moment stürme ich an diesem Montag um zehn ins Kabäuschen des Chefredaktors, wo sich vor kurzem Beat Schertenleib eingerichtet hat, braungebrannt und gut parfumierte, wie ich ihn aus den Zeiten der Zuger Nachrichten in bester Erinnerung habe. Die wöchentliche Sitzung nimmt den ganzen Rest des Vormittags ein. Rupy Enzler präsentiert seinen Katalog der Wochenereignisse. Die Zeit hat gerade noch gereicht, kurz in die Zeitung der Konkurrenz zu schielen und den Stapel Post aufs Pult zu schichten. Keine genauen Vorstellungen für die Mittwochs Ausgabe. Da findet sich Post von Dani Brunner, der mir einen Ausriss aus der NZZ schickt. Heinz Hertach, Geschäftsführer der Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr, sei zum Präsident des Opernhaus-Verwaltungsrates ernannt worden. Ich renne aus der Sitzung und haue sofort ein Paar Fragen in den Computer: Wie kamen Sie zur Musik, welche Bedeutung hat der VR, wie steht er zur Intendanz, redet Geldgeberin LG-Stiftung beim Programmzettel mit? Und rufe an. Siehe da, Heinz Hertach ist im Büro. Um 10.30 soll das Interview stattfinden. Ich tauche wieder ein in die Sitzung. Marco Morosoli rennt mit halbfertigen Sportseiten herum und sichert sich Anrisse auf der Front. Er setzt sich an den Computer und entwirft den Seitenplan, hirnt über Inseraten, die in bestimmter Reihenfolge platziert werden müssen. Was kommt auf

die Letzte? Das Feldschiessen wäre ein Thema, und ein Bildsack mit Pepe Lienhard. Therese Marty liefert ihre Gemeindebeilage Zug/Walchwil ab. Frontartikel stehen zur Debatte: Mobil-Oil kommt nach Zug, Tobias Straumann hat die Fakten. Diskussion um das mögliche Bild.

Kultur? Eine Seite, sage ich. Ich kann das Sitzungsende nicht abwarten, gehe zum Arbeitsplatz, klemme mir den Hörer mit einem Gümeli an den Kopf und klappere los. Das Bild nicht vergessen. Rupy hat wohl keins, unser Archiv ist noch jung. Pesche, der Fotograf, darf jetzt bloss nicht abhauen. Doch, bis 11.20 ist der Interviewpartner zu haben und ablichtungswillig. Gottseidank! Die Seite füllt sich, viel Platz bleibt nicht für die Kolumne. Die steht schon da, die Seite habe ich bereits am Donnerstag aufgerissen (ich arbeite 60 %, jeweils Mo, Di und Do, aber das sind Tage von 8-15 Stunden, vor Kinoschlusszeit komme ich kaum raus). Privatleben? Tage zuvor abmachen, unmöglich. Schafft nur Nervosität. Schon die Pflichtveranstaltungen am Abend eines Produktionstages (Konzerte, Vorträge), sind problematisch.

Genugtuung, dass ich nicht nur Veranstaltungsberichte für die Kulturseite habe. Das Übersetzerstipendium wird erstmals verliehen, an Gabriele Leupold, Berlin. Was könnte man dazu machen? Ein Interview mit Initiant Jürg Scheuzger? Langweilig. Warum nicht mit der Preisgekrönten selber? Das Buch soll bei Hanser herauskommen. Ich rufe an, werde nach Frankfurt verwiesen und erhalte die

Nummer, es meldet sich eine überaus angenehme Stimme. Nein, jetzt geht es nicht, sie habe gerade Besuch. Wir machen einen Termin für Donnerstag ab. Ausgezeichnet! Sofort mache ich mich an die Fragen. Das Buch kenne ich, habe es zufällig in einer Übersetzung von 1959 aus dem Bücherabfall im Ökihof herausgefischt (ich bin ein notorisch süchtiger Ökihof-Buchkistenwähler). Mittagszeit! Was gibt's in der Freitagausgabe? Die Veranstaltungen sind besetzt. Galvanik, Jugi, Chaos, Galerien, Ausstellungen. Manchmal denke ich, die wollen uns mit Kultur totwalzen. Und alles gleichzeitig. Christoph Balmer ruft an, ob er vorbeikommen dürfe, das 75-Jahr-Jubiläum des Stadtorchesters stehe an. Gottseidank ist Montag, kein Produktionstag, endlose Gespräche liegen drin. Marco, mein Pultvis-à-vis, diskutiert wieder einmal Herti-Erstliga-Probleme und haut Matchresultate in die Tasten (pflegt er diese Tätigkeit jeweils zu kommentieren). Kaffeepause. Barbara Schmutz und Tobias telefonieren um die Wette. Ich räume auf: schicke Pressebilder zurück, sende Materialien an eine freie Mitarbeiterin. Josef Speck, Hausherr und Herausgeber, erkundigt sich nach der Befindlichkeit. Telefon von Marlis Schudel. Die Wildlinge? Sagt mir nichts. Wir seien Mediensponsor, hätten ein Inserat drin. Die Unterlagen sind bei Rupy gelandet. Da braucht's ein Interview oder so, mit Gratistickets. Silvio Huonder liest in Zug. Ich rufe den Verlag an, lasse mir das Buch schicken. Es ist Abend geworden.



«... und klemme mir den Hörer mit einem Gümeli an den Kopf und klappere los.»

Bild Peter Frommenweiler

---

Barbara Schmutz\* \*

---

Freitagmorgen: Auf meinem Pult sieht es aus, als hätte eine Bombe eingeschlagen. Papier, Papier und nochmals Papier. Dazwischen Kaffeetassen, halbleere Fruchtsaftflaschen (Vitamine) und zuoberst der heutige Kommentar. Mal hundert Zeilen lang, mal achtzig, schliesslich in der vorgegebenen Länge von 225 Millimetern. Weshalb um alles in der Welt habe ich immer sowenig Platz? Mein Hang zum Überborden, ich weiss, ich weiss. Prioritäten setzen, alles klar. Nur, gestern war Kantonsrat. Auf der Traktandenliste die Interpellation Barth. Auftritt der Juristen. Drei an der Zahl. Einer gibt sein Votum schriftlich ab. Bei den anderen heisst es auf Teufel komm raus mitschreiben, um dann wenig später auf der Redaktion ungläubig stauend die eigenen Hieroglyphen zu betrachten. Zu guter Letzt fasse ich an

der täglichen Sitzung, quasi als Dessert, den Auftrag, einen Kommentar zu schreiben zum Thema «Wann ist Antisemitismus öffentlich?»

Hilfe, ich bin Journalistin und nicht Juristin. Also, erst einmal ins Büro Gegenwind angerufen und dort Unterlagen bestellt. Dann mit Juristen diskutiert. Auf der Redaktion quillt mir aus dem Fax ein Stapel Papier entgegen. Nachts um halb elf habe ich es geschafft. Noch schnell mit der Kollegin und den Kollegen auf ein Bier, dann ab nach Hause. Dort schwirrt mir der Kopf noch bis morgens um drei. Ein paar Stunden Schlaf, dann auf die Redaktion gestolpert.

In der arbeitsfreien Woche sieht es auch nicht viel besser aus. Hier ein Interview, da ein Telefon. Der Rasen stengelt auf, das Unkraut wuchert, die Blumen dürsten und meine Buben wollen nicht nur aus der Zeitung erfahren, wie ihre Mutter denkt.

Weshalb Journalismus? Weil dieser Beruf Herausforderung ist, immer wieder. Manchmal, die journalistische Ethik vor Augen, auch Überforderung. Soll ich, kann ich, darf ich und wenn ja, wie?

In solchen Momenten, liebe Leute von der Bulletin-Redaktion, stinkt es mir gewaltig, wenn ich aus eurem Editorial erfahre, dass ihr Zugs Presselandschaft öde findet. Zuwenig angriffig, zu lasch, unprofessionell. Und wenn ich lesen muss, dass von den politischen Parteien nur gerade die SGA in unserer Zeitung hart angefasst wird, tönt mir das ein wenig arg nach Selbstmitleid. Was die heissen Themen anbelangt: Falls wir eines nicht mitbekommen, heisst das nicht, das es uns nicht interessiert. Ruft uns an, 729 77 88. Wir freuen uns, von euch zu hören. ■

---

\* Kulturredaktor bei der Zuger Presse

\*\* Journalistin bei der Zuger Presse

# Die unbekanntenen Verschwender

Kein Produkt hat in den letzten zehn Jahren so schnell und konsequenzenreich Einzug in unseren beruflichen und privaten Alltag gehalten wie der PC. 1987 besass fast kein Haushalt einen PC, in der Geschäftswelt standen die Dinger erst vereinzelt und nur für besondere Aufgaben herum. Heute steht in vielen Firmen praktisch an jedem Arbeitsplatz ein PC, und vier von zehn Schweizer Haushalte sind inzwischen mit einem solchen Kistchen ausgerüstet.

Martin Stuber\*

Bedenken um den Stromverbrauch von PCs wurde relativ früh Rechnung getragen mit der Einführung von Energielabels, die sparsamen Stromverbrauch dokumentieren. Power Management-Funktionen sind heute mittlerweile ebenfalls Standard - das grüne Gewissen ist ruhig gestellt.

## Mulmige Gedanken

Oder doch nicht? Der Schreibende, beruflich seit über zehn Jahren mit PCs tätig, konnte ein ungutes Gefühl nie loswerden. Waren nicht zur Produktion von Halbleiterelementen eine ganze Reihe von exotischen Substanzen notwendig, deren

Gewinnung enorm aufwendig ist? Produziert der Herstellungsprozess dieser Chips und der Platinen nicht überaus giftige Nebenprodukte, die entsorgt werden müssen? Ist es nicht ein Irrsinn, dass zwar in jedem Haushalt ein oder mehrere Fernseher stehen, für den PC aber noch ein separater Bildschirm her muss, der im Prinzip gleich funktioniert wie ein Fernseher? Und gibt es nicht zu denken, dass die Dinger schon nach ein, zwei Jahren hoffnungslos veraltet sind, weil die Entwicklung derart rasant ist und sich immer mehr beschleunigt?

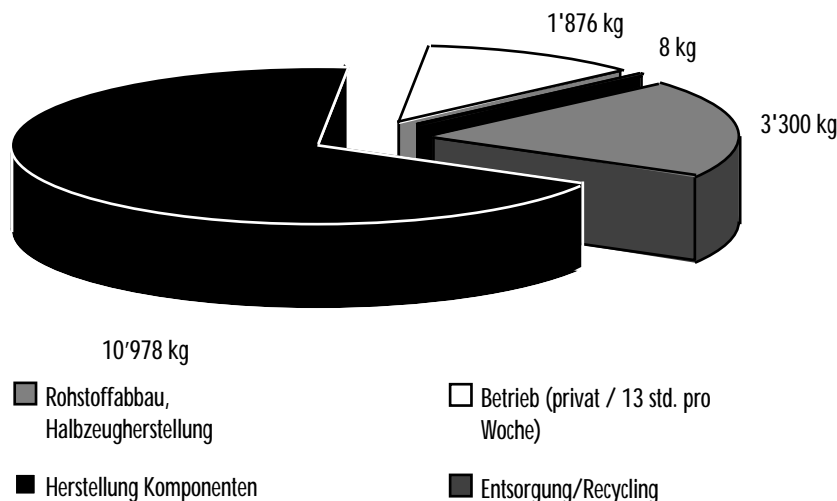
Diese und andere Bedenken und Fragen sind in den letzten Monaten mehr als bestätigt, ja weit überholt worden! Zwei unabhängig voneinander erstellte Studien kommen zu alarmierenden Resultaten.

## Bedenken weit überholt

Die Herstellung des «Hirns» eines PCs, dem CPU oder Hauptprozessor, beginnt nicht erst in den Chip-Fabriken von INTEL in Malaysia oder den Philippinen. Zuerst müssen die nötigen Rohstoffe in aufwendigen Verfahren gewonnen werden. Besondere Bedeutung kommen dabei den sogenannten seltenen Erden zu, die für die Herstellung des Herzstückes eines CPU, dem Siliziumchip oder Dye, unabdingbar sind. Bis nämlich die Millionen von Transistoren auf einem CPU ihre Arbeit aufnehmen können, durchläuft das dünne Siliziumplättchen einen komplizierten Prozess, in dessen Verlauf diese seltenen Erden (z.B. Gallium oder Germanium) eine wichtige Rolle spielen.

Um für die Umweltbelastung solcher Herstellungsprozesse einen in Zahlen fassbaren Vergleichswert zu erhalten, hat das Wuppertal-Institut den sogenannten Materialinput (MI-)Wert für einen PC berechnet. Dabei wird der gesamte Materialinput, der während des Lebenszyklus eines PC erforderlich ist, berechnet.

In jedem PC hat es beispielsweise eine gewisse Menge Kupfer. Der MI-Wert für ein Kilogramm Kupfer errechnet sich nun aus der Addition aller Materialumsätze bei der Herstellung. Vom Abbau des Erzes über das Ausschmelzen des Rohkupfers und Verarbeitung von Halbzeug bis zum Walzen des Kupferdrahtes wird alles berücksichtigt. Um ein Kilogramm



## Material-Input Werte im Lebenszyklus im Leben eines PC

Diagramm: Martin Stuber

Kupfer zu erhalten, werden so 1,1 Tonnen Material benötigt. Darin inbegriffen ist auch das Material zur Erzeugung der Energie, die für die Herstellung des Kupfers nötig ist.

#### 19 Tonnen für 22 kg

Die Berechnung über den gesamten Lebenszyklus eines PC bis hin zu seiner Rezyklierung ergibt unter dem Strich folgendes Resultat: Ein normal ausgestatteter 486er mit einem 14" Bildschirm und Tastatur, der komplett 22 kg wiegt, hat je nach Einsatz während seiner Lebensdauer zwischen 16 und 19 Tonnen Rohstoffe verbraucht! Zum Vergleich: 19 Tonnen sind 2/3 des MI-Wertes eines Mittelklassewagens (ohne eingebaute Elektronik).

Die MI-Werte sind im Detail in der Grafik auf Seite 20 dargestellt.

#### Tief Luft holen

Diese Zahlen alleine wären ja schon schockierend genug - aber es heisst nochmals tief Luft holen, denn dieser Wert ist in der Realität noch um einen unbekanntem Faktor höher:

- Grundwerkstoffe, für die keine MI-Werte vorliegen, gingen nur mit ihrem Eigengewicht in die Wertung ein. Der heutige Norm-PC ist wesentlich aufwendiger ausgestattet (Pentium CPU, mehr RAM, CD-ROM-Laufwerk, Soundkarte, 17" Monitor mit deutlich über 20 kg Gewicht). Zudem wird heute kaum ein PC mehr ohne Drucker verkauft und auch das Modem wird wohl bald zur Serienausstattung gehören.
- Der Ausschuss während der Produktion ist nicht berücksichtigt, weil darüber die Hersteller den Schleier des Stillschweigens ausgebreitet haben. Die Ausschussraten können aber je nach Produkt sehr hoch sein. So ist bekannt, dass die

## Totgeschwiegen

Marco Solderas Buch ist schon fast zwei Jahre alt. Die Arbeit des Wuppertal-Institutes basiert auf Vorarbeiten, die teilweise auch schon älter sind. So neu ist das Wissen um die Problematik PC und Umwelt also nicht. Es wird einfach nicht verbreitet, so dass bisher fast nichts über die in diesem Artikel beschriebenen, erschreckenden Fakten an die Öffentlichkeit gedrungen ist.

Das marktschreierische und oft völlig unkritische Hinterherhecheln nach den neuesten Produkten und Hits ist in dieser Branche bei der Berichterstattung dominierend. In der Schweizer Presse habe ich bisher erst im Facts einen Artikel über die Wuppertal-Studie gefunden (Nr. 13/97), im hinteren Teil unter der Rubrik WISSEN/Rohstoffe, eine

Seite. Irgendwie bezeichnend ist, dass in der gleichen Nummer an wesentlich prominenterer Stelle auf 8 Seiten das Thema «Shoppingcenter Internet» abgehandelt wurde.

Marco Solderas bahnbrechende Arbeit fand meines Wissens in der hiesigen Presse bisher noch gar kein Echo.

Besonders penibel ist aber die sogenannte Fachpresse: über das Vorstellen und Durchtesten neuer Produkte und die «brandheissesten» Tips hinaus findet sich fast nichts. Und wenn doch, dann wird nur das Recycling abgehandelt und mit guten Tips den Leuten das Gefühl vermittelt, die Problematik sei gelöst (zuletzt in der neuesten Ausgabe von CHIP: «Wer Bescheid weiss, entlastet nicht nur die Umwelt, sondern spart auch Geld»)

Architektur des neuesten CPU aus dem Hause INTEL - der Pentium II - in erster Linie darauf ausgerichtet worden ist, die enorm hohen Ausschussraten des Vorgängermodells PENTIUM PRO zu reduzieren. Dies aber natürlich nicht aus ökologischen Gründen, sondern wegen des Konkurrenzdruckes - für die Absicherung der üppigen Monopolprofite.

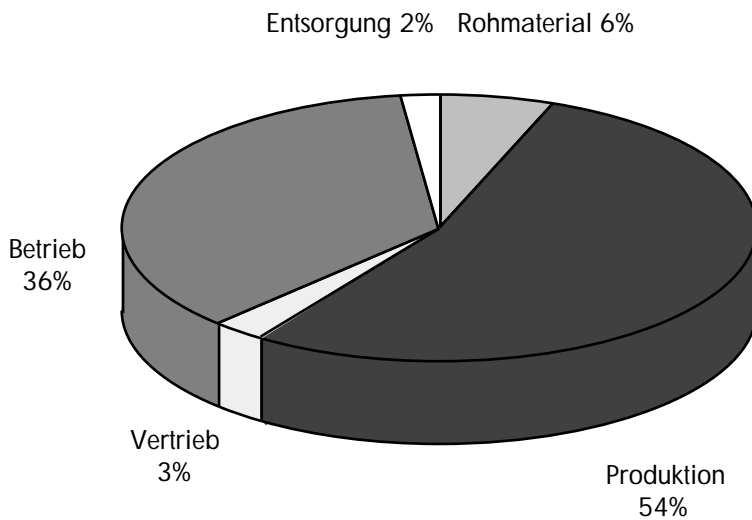
- Die Überproduktion, die gar nie auf den Markt kommt, weil nicht mehr konkurrenzfähig oder wegen schlechter Produkteplanung, ist nirgends erfasst. In der Branche zirkulieren Zahlen, die besagen, dass pro drei verkauften PC einer vom Herstellerlager direkt in das Recycling wandert. Genaue Zahlen gibt es aber auch hier nicht.
- Die ganze Transportkette ist in der Wuppertal-Studie nicht berücksichtigt. Wer einen PC öffnet, wird staunen, welche Länder auf den

«Made in...» Labels vertreten sind. Immer häufiger steht zudem nicht mehr «Made in xxx», sondern «Assembled in xxx» auf den Klebern. Die einzelnen Komponenten in einer Festplatte z.B. können ohne weiteres aus fünf, sechs oder mehr Ländern und drei Kontinenten kommen.

- Der Aufwand für die Entwicklung der Hardware, aber auch der Software ist nicht berücksichtigt, ebensowenig der Aufwand für das Marketing. Beides müsste bei einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise eigentlich auch in die Gesamtrechnung einfließen.

#### Stromverbrauch nur drittrangig

Würden all diese Faktoren in die Rechnung miteinbezogen, so wäre die Bilanz bezüglich Aufteilung des Ressourcenverbrauchs für die drei Zyklen Herstellung, Nutzung, Recy-



**Anteile der Umweltbelastung im Lebenszyklus eines PC (nach M. Soldera)**

Diagramm: Martin Stuber

cling noch produktionslastiger. Das Wuppertal-Institut kommt nämlich in seiner Studie zum Schluss, dass bei privater Nutzung nur 10% des gesamten Verbrauchs während der Nutzung anfällt, bei gewerblicher Verwendung sind es 25%.

Damit verblasst auch das oft gehörte Argument von der effizienter gewordenen Stromnutzung. Tatsächlich braucht ein moderner 17"-Monitor heute soviel Strom wie ein 14"-Monitor vor sechs Jahren (nämlich ca. 70 bis 80 Watt), aber das wird nur schon durch den stark gestiegenen Stromverbrauch der neuen, leistungsfähigeren CPUs wieder kompensiert. Die verheizen nämlich bis zu 30 Watt und benötigen deshalb einen eigenen Ventilator!

**Schweizer Pionierstudie**

Einen etwas anderen Ansatz gewählt hat der Schweizer Diplomingenieur Marco Soldera. Er hat eine Ökobilanz anhand von Umweltbelastungspunkten errechnet. Wir können aus Platzgründen hier nicht näher darauf eingehen, aber Solderas

Methode ist derjenigen des Wuppertal-Institut insofern überlegen, als er nicht einfach Tonnen berechnet, sondern den Materialeinsatz und die Produktions-, Transport- und Nutzungsmethoden auch gewichtet.

Interessant ist, dass Soldera aber zu ähnlichen Resultaten kommt wie das Wuppertal-Institut (vgl. Diagramm oben).

**Was tun?**

Soldera kommt zu einem wirklich einleuchtenden Schluss: «Da durch die Herstellung des PC mehr Umweltbelastungen entstehen als in allen anderen Lebensphasen zusammen, muss die Langlebigkeit und Erweiterbarkeit eines Systems die oberste Maxime der Hersteller werden.»

Klar: wird der PC doppelt so lange genutzt, gibt es nicht nur 50% weniger Abfall, sondern auch 50% weniger Material- und 50% weniger Energieverbrauch bei der Herstellung. Daran haben aber in unserem Wirtschaftssystem die Hersteller kein Interesse, denn die wollen vor allem eins: neue PCs verkaufen!

**Aufklärung nötig**

Weil die möglichst lange Nutzung und das möglichst lange Herausögern eines Neukaufs die ökologischste Antwort ist, braucht es zuerst eine Sensibilisierung für das Problem. Wofür wird der PC überhaupt benötigt, braucht es überhaupt einen, genügt nicht die Aufrüstung (z.B. mit einer neuen Festplatte), um noch zwei Jahre länger damit arbeiten zu können etc.? Das muss sich jedeR fragen. Druck muss auch auf die Software-Industrie ausgeübt werden: statt immer aufwendigere Programme mit hohen Hardware-Ansprüchen zu produzieren, sollte modularen, auf die Anwenderansprüche zugeschnittenen, schlanken Programmen die Zukunft gehören. ■

\* Redaktor beim SGA-Bulletin und hauptberuflich verantwortlich für den Betrieb eines PC-Netzes mit 120 PC

## Literatur

Wuppertal-Paper: Malley, Merten, Hokkeler, Bonniot, «Abschätzungen der Materialintensität von Informations- und Kommunikationstechnologien: Der PC», 1997

Marco Soldera, «Vergleich eines Öko-Computers mit einem herkömmlichen PC anhand von Lebenszyklusanalysen LCA», Eigenverlag, Gebenstorf 1995 (ISBN 3-9521034-0-3)

c't, Hefte Nr. 12/94, 8/95, 10/96 und 5/97, an jedem guten Kiosk erhältlich

# Eine Million für Sonnenenergie und Energieeffizienz

**Vor dem Hintergrund der Neuaushandlung des Konzessionsvertrages zwischen den Wasserwerken Zug (WWZ) und der Stadt Zug will ein Initiativkomitee neue Leitplanken in der städtischen Energiepolitik setzen: Mehr Geld für die Sonnenenergienutzung und Verzicht auf AKW-Strom lauten die prägnantesten Forderungen.**

---

Reto Hunziker\*

---

Zurzeit wird der Konzessionsvertrag zwischen den Wasserwerken Zug AG (WWZ) und der Stadt Zug aus dem Jahre 1974 neu ausgehandelt. Schon diesen Herbst soll er dem Grossen Gemeinderat zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Der Vertrag untersteht dem fakultativen Referendum. Vor diesem Hintergrund hat sich vor zwei Jahren eine informelle Arbeitsgruppe - bestehend aus SP, SGA, WWF und Verein Umwelt Zug - gebil-



det mit dem Ziel, bei der Neuaushandlung eigene Vorstellungen einbringen zu können. Schliesslich entstand die Idee zweier Initiativen. Da Konzessionsverträge in der Regel für eine lange Vertragsdauer (WWZ: 25 Jahre) abgeschlossen werden, gilt es, jetzt einzugreifen.

## Neuer Konzessionsvertrag

Mit der Volksinitiative zur Förderung einer nachhaltigen Energie- und Trinkwasserpoltik sollen im neuen Konzessionsvertrag umwelt- und energiepolitische Leitplanken verankert werden: Nicht mehr der Verkauf von Strom und Gas, sondern der Verkauf von Energiedienstleistungen soll im Mittelpunkt stehen. Das zukünftige Angebot der WWZ oder eines andern Konzessionsnehmers soll deshalb auch Energieberatung, Planung von Energiesparmassnahmen, Contracting (z. B. Verkauf von Wärme), Beiträge beim Kauf energie- und wassersparender Geräte usw. beinhalten. Eine weitere Forderung der Initiative lautet, dass auf Strom aus Kernkraftwerken und aus fossil betriebenen Kraftwerken ohne Abwärmenutzung grösstmöglichst verzichtet wird.

## Keine Strompreiserhöhung

Mit einer zweiten Initiative, der Initiative zur Förderung der Sonnenenergienutzung und der effizienten Energienutzung, soll ein Viertel der Konzessionsabgaben auf Strom und Wasser an die Stadt Zug für die Förderung der Sonnenenergienutzung sowie der effizienten und nachhaltigen Energie- und Trinkwassernutzung eingesetzt werden. Denn heute fliessen die gesamten Einnahmen von jährlich ca. 3,6 Mio. Franken vollumfänglich in den allgemeinen Staatshaushalt. Würde nur ein Viertel dieser Einnahmen, also etwa 900'000 Franken, für Investitionen im Energiebereich ver-



wendet, könnten zukunftsweisende Technologien wie die der Sonnenenergienutzung sowie Energiesparmassnahmen gefördert, die Umweltbelastung reduziert und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze geschaffen werden. Zu diesem Zweck soll die Stadt Zug einen Fonds äufnen, der von einer von der Stadt Zug unabhängigen und breit abgestützten Trägerschaft verwaltet wird. Mit einer breit abgestützten Trägerschaft sollte es auch möglich sein, Teile des Gewerbes für die Initiative zu gewinnen. Und, was für eine breite Unterstützung ebenfalls ausschlaggebend sein könnte: Die Initiative führt zu keiner Strompreiserhöhung. ■

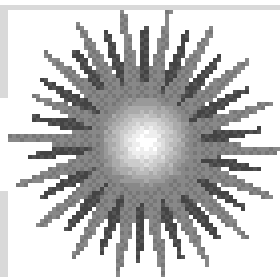
Weitere Informationen: Reto Hunziker, Tel. G. (Mo) 710 96 92, Tel. P. 711 84 93.

---

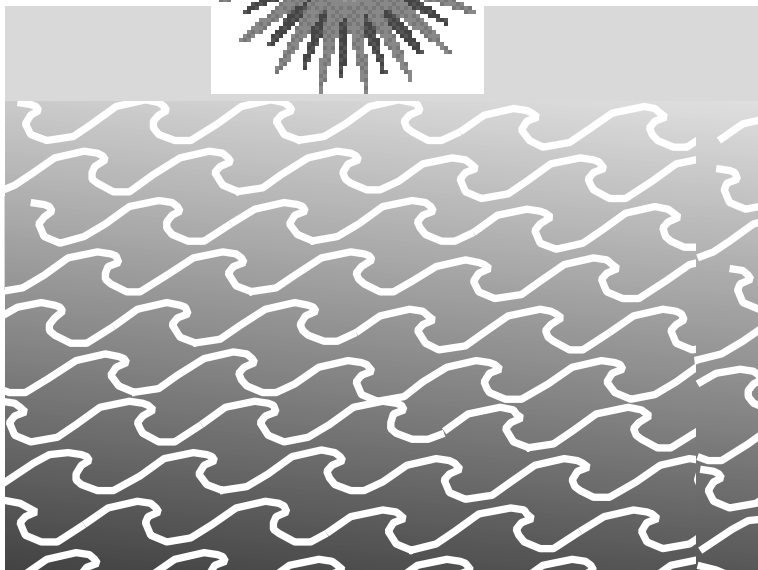
\* Regionalkoordinator WWF und Energiefachmann

# veranstaltungen

Juli



August



September

So 7. **Picknick/Bräteln SGA und Interessierte**  
Waldhütte Steinhausen, ab 11 Uhr (bei jedem Wetter)

Sa/So 27./29. **Abstimmungswochenende Referendum Arbeitsgesetz, Initiative Jugend ohne Drogen, Majorz bei Exekutivwahlen/Nationalratsproporz bei Parlamentswahlen**

nicht verpassen!!

Oktober

Mi 1. **GBZ-Apéro mit den Kollegen Regierungsräten**  
(Ort noch unbekannt)

## Jetzt a d'Säck!!

**Wehrt Euch gegen den Machtanspruch der CVP, kommt in den Bären!**

**Am 3. Juli, Donnerstag 20. 00h, Restaurant Bären in Zug**

**Bilanz des ersten Abstimmungskampfes und Vorbereitung des zweiten.**

**Organisation: Komitee 2 x Nein zum unfairen Majorz (SP, SGA, Gewerkschaftsbund (GBZ), Bunte Liste, Freie Wähler Menzingen, Freie Wähler Neuheim, Frische Brise Steinhausen, Kritisches Forum Cham, Forum Oberägeri, Gleis 3 Risch-Rotkreuz), Postfach 1326, 6301 Zug PC 605 726 - 6, Raiffeisenbank**

**AZB 6304 Zug**

Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

## Open Air Kino Zug

**Seepromenade - 23. Juli bis 17. August.**

MI 23.7. Shine  
DO 24.7. CH-Vorpremiere: Private Parts  
FR 25.7. The English Patient  
SA 26.7. The Rock  
SO 27.7. Smilla's Sense Of Snow  
MO 28.7. Kolya  
DI 29.7. Charlie Chaplin: The Kid  
Mit Live-Pianobegleitung.  
MI 30.7. Flammen im Paradies  
DO 31.7. Spiel mir das Lied vom Tod  
FR 01.8. Der Glöckner von Notre-Dame (Walt Disney)  
SA 02.8. Il Ciclone  
SO 03.8. Geh, wohin dein Herz dich trägt.  
MO 04.8. Breaking The Waves.  
DI 05.8. Seven  
MI 06.8. Le Huitième Jour  
DO 07.8. Thelma & Louise  
FR 08.8. Jerry Maguire  
SA 09.8. Film nach Ansage: siehe Tagespresse, Amtsblatt.  
SO 10.8. The First Wives Club  
MO 11.8. Evita  
DI 12.8. Cinema Paradiso  
MI 13.8. Dead Man Walking  
DO 14.8. Microcosmos (Die Luft)  
FR 15.8. The Usual Suspects  
SA 16.8. The Fifth Element  
SO 17.8. CH-Vorpremiere: Bean